

Krise in Europa: Eine Gefahr für Demokratie und Solidarität?

Einleitung – Von Julia Killet, Kurt-Eisner-Verein

Ausgehend von der linken Bewegung kam es seit 2009 zu bemerkenswerten sozialen und politischen Kämpfen: Mehr als 20 Generalstreiks und Massendemonstrationen (Belgien, Frankreich, Italien, Griechenland, Portugal, Spanien und Tschechien) haben in Europa stattgefunden. Der Hintergrund für die Empörung ist fast immer der gleiche: Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Zukunftsängste und ein Verfall der sozialen Errungenschaften der Staaten.

Bei all diesen Protesten ist es jedoch besonders auffällig, dass im Süden Millionen auf die Straße gehen, in Deutschland und anderen nördlichen EU-Mitgliedstaaten jedoch nur einige Tausend. Da stellt sich die Frage der Gewichtung von Verlust und Gewinn in Rahmen der Krise: Profitieren die Mitgliedstaaten im Norden scheinbar doch viel mehr, als zur Kenntnis genommen wird? Kann es sein, dass die Arbeitsplätze in Deutschland vielleicht deshalb noch relativ sicher sind, weil in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland die Arbeitslosenrate explosionsartig steigt? Was bedeutet diese Ungleichgewichtung nun für die Solidarität in Europa?

Zwar haben sich in den letzten Jahren verschiedenste soziale Organisationen und Gewerkschaften zusammengeschlossen, die weit über politische Parteien hinaus versuchen, auf das Anwachsen dieser Probleme hinzuweisen. Neue Bewegungen wie Occupy, Indignados und M15 besetzen öffentliche Plätze und protestieren bei großen Demonstrationen (wie z.B. in Athen, Lissabon, Rom, Prag, Bukarest, Paris, jüngst in 23 spanischen Städten mit 800.000 Teilnehmer/innen) – aber ihre Rufe nach mehr Demokratie und Gerechtigkeit verhallen. Demonstrationen werden teils gewalttätig aufgelöst. Und es ändert sich nichts.

Inhalt

Krise in Europa: Eine Gefahr für Demokratie und Solidarität? – Einleitung – Von JULIA KILLET, Kurt-Eisner-Verein	1
Europa braucht Entwürfe gegen die Krise: Grußwort Kooperationspartner – Von FALKO BLUMENTHAL, Junges Forum der Gesellschaft für Außenpolitik	2
Die Krise der Europäischen Union: Referentin: BIRGIT DAIBER	4
Demokratie-Verlust: Die EU in der Krise, die Krise der EU und die Krise der Demokratie: Referent: LUTZ BRANGSCH	11
Die Position Deutschlands in der Krise: Referent: AXEL TROOST	17
Italien: „9 von 10 Italienern stehen heute schlechter da als noch vor 10 Jahren.“ Referent: TOMMASO FATTORI	18
Großbritannien: Margaret Thatcher mag tot sein, aber ihr furchtbares Vermächtnis lebt in Großbritannien fort. Referent: TOM WALKER, Redakteur der Red Pepper-Redaktion in London	23
Sozialproteste im Südosten Europas. Referent: BORIS KANZLEITER, Leiter des Auslandsbüros der RLS in Belgrad	27



flickr/CC/rosalux-stiftung

Daneben zeigen sich im gesamten EU-Bereich ein rasantes Anwachsen des Nationalismus und ein steigender Einfluss einer modernisierten, nationalistischen, rassistischen und autoritären Rechten. Auch die zahlreichen Massendemonstrationen im Süden bringen nichts oder nur sehr wenig. Selbst die Bourgeoisie ist nicht mehr aufgeschreckt. Wie kommt das? Warum regieren trotz allem in Spanien, Italien und Griechenland immer noch die Konservativen, und warum ist in Deutschland nur DIE LINKE wirklich gegen die Merkel-Politik? Was kann unter diesen Umständen die europäische Linke machen, um Solidarität von Gibraltar, Sizilien und Kreta über Österreich, Deutschland und die Niederlande bis nach Dänemark und Schweden zu stiften? Und was ist eigentlich mit den osteuropäischen Mitgliedstaaten? Diesen Fragen und vielen weiteren Themen wollte der Kurt-Eisner-Verein Anfang Mai 2013 auf den Grund gehen. In Kooperation mit Rosa-Luxemburg-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Club Nürnberg-Fürth, WASG e.V., Transform!Europe, Attac, Echte Demokratie Jetzt!, Eva Bulling-Schröter, MdB DIE LINKE, Harald Weinberg, MdB DIE LINKE lud der KEV in die Kaiserburg nach Nürnberg ein. Die Beiträge einzelner Referent*innen der Konferenz werden hier abgedruckt. □

Europa braucht Entwürfe gegen die Krise

Grußwort eines Kooperationspartners – Von Falko Blumenthal, Junges Forum der Gesellschaft für Außenpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, für das Junge Forum der Gesellschaft für Außenpolitik einen kurzen Gruß an diese Konferenz zur europäischen Krise richten zu dürfen. Herzlichen Dank an Julia Killet vom Kurt-Eisner-Verein für die Einladung. Vielen Dank für die Vorbereitung eines intensiven Programms, zu der Du wichtige Vertreterinnen und Vertreter der inhaltlichen Debatte als auch der politischen Bewegungen gewinnen konntest.

Mein Name ist Falko Blumenthal. Nach einem Studium an der Hochschule für Politik München und der Universität Helsinki bin ich Politikwissenschaftler an der LMU München. Hier rede ich als Mitglied des Jungen Forums. Wir sind Studierende und Nachwuchskräfte aus Wissenschaft, Verbänden, Wirtschaft und Politik. Wir sind in Organisationen, Projekten und Parteien sowie als Referentinnen und Journalisten aktiv. Wir sind ein Bindeglied zwischen der Gesellschaft für Außenpolitik als Einrichtung der politischen Bildung, Hochschulen und Think Tanks. So sind wir Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Inhalte und Positionen zu Sicherheitspolitik, Zeitgeschehen, Integration und interkultureller Verständigung durch Veranstaltungen, Hintergrundgespräche und persönlichen Austausch für Jüngere sichtbar machen.

Genau in dieser Eigenschaft freuen wir uns auf diese Konferenz. Wir nehmen an den Diskussionsrunden und Vorträgen teil. Wir hoffen auf Input für unsere politische Bildungsarbeit. Es ist unserem eher wissenschaftlich und universitär geprägten Hintergrund geschuldet, dass wir selten die Möglichkeit haben, in den gleichzeitigen Austausch von Wissenschaftlerinnen, Aktivistinnen, Journalistinnen und aktiven Politikern zu gelangen. Gerade in den Diskussionen werden wir gespannt zuhören und einen Eindruck von den Positionen der linken Kräfte bekommen, von der Einschätzung der Rolle von Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien, von den aktuellen Kampagnen in Südeuropa, auf dem westlichen Balkan und hier in Deutschland.

Das letzte Mal, als ich für das Junge Forum an einer größeren Konferenz teilnahm – ich war noch Student und half als Konferenzassistent aus – luden die Gesellschaft für Außenpolitik und das New Policy Forum zu einem Austausch von aktiven und ehemaligen Diplomaten, Wissenschaftlern und Politikern. Mit Teilnehmern wie unter anderem Präsident Michail Gorbatschow, Professor Amitai Etzioni und dem ehemaligen UN-Rüstungskommissar Hans Blix hatten wir die Hoffnung, dass politische Positionen und Erfahrungen vor Ort in München Gesprächsstoff liefern. Die Konferenz und ihre Gedanken blieben im Tagungssaal des Bayerischen Hofes. Keine Website wurde geschaltet. Keine Publikation fand den Weg in unsere Hände.

Aus dieser Enttäuschung bittet das Junge Forum Julia Killet und den Kurt-Eisner-Verein, die Referate digital zur Verfügung zu stellen. Im Idealfall – ich weiß, die Ressourcen der bayrischen linksorientierten politischen Bildung sind begrenzt – findet sich auch eine Dokumentation unserer Diskussionen die-

ses Wochenende auf der Website der Stiftung. Konferenzen – gerade solche internationalen und breit besetzten Veranstaltungen wie diese – bieten neben der Möglichkeit zum Austausch eben auch Stoff zum Nachdenken und zur Diskussion. Wir, ob Aktive bei Amnesty, Student oder CSU-Mitglied, sind eben neugierig auf Sie und was Sie zu sagen haben.

Drei Themen, die mit Teil dieser Konferenz sind, sind dem Jungen Forum vor allem wichtig. Erstens die Frage nach der Entdemokratisierung. Zweitens die Rolle der Finanzmärkte und ihrer Akteure. Drittens die Rolle und Bedeutung der sozialen und politischen Bewegungen für Europa.

Uns, in der Mehrheit Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, bereitet die europäische Krise mit ihren Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie Kopfschmerzen. Spitzentreffen auf internationaler oder europäischer Ebene werden zum Entscheidungszentrum. Die Finanzminister der Euro-Zone und die sogenannte Troika übernehmen Entscheidungen von jahrzehntelanger Reichweite. Die Krise beherrschte und beherrscht weiterhin große Teile unseres Studiums, nicht nur in Politikwissenschaft, auch in BWL und den angrenzenden Gesellschaftswissenschaften. Unser letzter Garant für die Einbindung der Parlamente bleibt nur noch das Bundesverfassungsgericht. In den aktuellen Zentren der Krise werden auf Regierungskonferenzen die Parlamente vor „alternativlose“ Forderungen gestellt. In Zypern drohten die EU-Größen – unter ihnen Bundeskanzlerin Merkel – den Wählerinnen und Wählern mit Hilfeverweigerung, bis sie die AKEL-Regierung abwählten. Von einer Trennung der Machtsphären und Subsysteme, von einer Trennung von Ökonomie und Politik, von der wir an den Lehrstühlen für Politische Theorie träumen, kann keine Rede mehr sein. Hier richtet sich unser Blick auf Euch, auf Eure Erfahrungen und Eure Überlegungen zur Demokratie in Europa. Ich erhoffe mir Impulse aus dem Vortrag von Frau Daiber zum Kontext der Krise und der anschließenden Podiumsdiskussion zum Demokratieverlust mit Dr. Brangsch, Dr. Baier und Thomas Händel.

Verflochten damit sehen wir die wirtschaftliche und politische Rolle der Finanzmärkte. Cristina Asensi von Attac Spanien ist Referentin auf dieser Konferenz. Diese überparteiliche Organisation hat sich Ende der 1990er als Ausdruck einer neuen kritischen Bewegung gegründet. Das im Namen festgezurte Ziel war die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer. Während dies für über ein Jahrzehnt als Ausweis von linkem, wirtschaftswissenschaftlich unbelehrbarem Denken der sogenannten globalisierungskritischen Bewegung galt, beherrscht das Thema seit 2011 die Flure der EU-Finanz- und Wirtschaftspolitik. Januar 2013 wurde die Einführung dieser Steuer für elf Länder, unter ihnen Deutschland, Frankreich und die Staaten Südeuropas, beschlossen. So wird als ordnungspolitische Maßnahme und zur Refinanzierung der Krisenbewältigung politisch möglich, was zuvor als Ökologie- und Sozialsteuer für undenkbar gehalten wurde. Vielleicht noch deutlicher wird die Rolle der Finanzmärkte für das politische System, wenn seit einigen

Jahren Rating-Agenturen wie Moody's oder S&P die Machtposition eines Gerichtshofes erlangt haben. Geschäftsentscheidungen bei der Bewertung von Konzernen und Staaten haben Auswirkungen, die mit einer UN-Sanktion vergleichbar sind. Dieses Wochenende sitzen hier prominente Vertreterinnen und Vertreter derjenigen politischen Kräfte, deren inhaltlicher Kern die kritische Analyse des Kapitalismus ist. Ich freue mich, wenn von dieser Konferenz Ansätze kommen, die über Ihre Organisationen und Bewegungen hinaus auch an Universitäten, in Think Tanks und Redaktionen überzeugen können.

Besonders spannend ist für uns, wie die ebenfalls hier mitredenden Aktivistinnen und Aktivisten aus den Bewegungen ihre eigene Rolle wahrnehmen. Welches politische Ziel wird verfolgt, wenn eine mit den Inhalten der EU-Verträge nicht vereinbare Kampagne gestartet wird? Welche „messbaren“ Ergebnisse haben die Demonstrationen in Südeuropa? Hat Politik auf der Straße direkte Wirkung auf Parlamente und Regierungen? Oder sind die Bewegungen ein Dampfdruckmesser und Unterstützung für die Arbeit in den Parlamenten? Wir, eben mehrheitlich in der Politikwissenschaft beheimatet, neigen dazu, auf staatliche und quasistaatliche Institutionen zu blicken. Diese Konferenz gibt uns am Samstag in der internationalen Diskussion die Chance, die Inhalte der Bewegungen und ihren Bezug zu anderen Akteuren zu diskutieren. Eines der Highlights der Konferenz ist die Podiumsdiskussion am Sonntag zu den konkreten Kampagnen. Zum Lerneffekt wird wohl auch gehören, dass – wie wir schon am Vokabular der Flyer gesehen haben – es sehr unterschiedliche Ausdrucksformen gibt. Es mag sein, dass ein Journalist über einen Forschungsreport der Universität München die Stirn runzelt, während eine Wissenschaftlerin Probleme haben kann, sich in die oft polemische und empörte Sprache der Bewegungen einzufinden. Wir, das Junge Forum, sind der Überzeugung, dass diese Übersetzungsschwierigkeiten auszuhalten sind. Es geht nicht darum, dass die Aktivistinnen und Aktivisten die Wissenschaft vereinnahmen. Es geht nicht darum, dass eine Rede auf einer Demonstration journalistischen Stilvorgaben zu folgen hat. Es ist uns wichtig, dass die politische Aktion ihre Eigenständigkeit hat und nicht der verlängerte Arm der studierten Kommentatorin ist. Dieses Wochenende können wir einen Beitrag für mehr Verständigung, auch sprachliche Verständigung, zwischen Uni, Redaktion und Lautsprecherwagen leisten.

Wir unterstützen diese Konferenz und die europaweite Debatte, deren Teil sie ist, weil diese Krise Schwächen im politischen System aufzeigt. Thomas Händel als Europaabgeordneter mag hier einwerfen, dass das Problem ist, dass zu Wenige seine Partei wählen. Da dieser Spezialteil der Debatte wohl im Rahmen des Wahlkampfes geführt werden wird, haben wir hier auf der Konferenz über die Parteipolitik hinaus Raum für strategische Fragen. Für das Junge Forum ist eine Diskussion wichtig, wie die politischen Entscheidungszentren aus dem reinen Reagieren auf Katastrophenmeldungen herauskommen. Mit welchem analytischen und theoretischen Werkzeug sind wir in der Lage, diese Krise zu verstehen? Wie kommen wir dann wieder dazu, dass Regierungen und Menschen agieren und entscheiden können, statt Entscheidungen vorgesetzt zu bekommen? Weit über die direkten Folgen der Krise hinaus ermöglicht die Hilfflosigkeit der Politik einen Wachstumsschub für Rechtspopulismus. Konfrontiert mit dem Scherben-



www.junges-forum.eu

haufen ihres Arbeitsplatzes, ihrer Stadt und ihrer Zukunftspläne wenden sich die Menschen vom Projekt Europa ab – hier meine ich nicht die suprastaatliche Organisation EU. Wir erleben die Rückkehr von nationalen Parolen in die Zeitungen und von Rassisten in die Parlamente. Auch das ist eine „Gefahr für Demokratie und Solidarität“.

Diese und ähnliche Gefahren haben historisch zur Begründung der Linken geführt. Doch wo wird sie sichtbar? Neben relativen Wahlerfolgen wie Syriza in Griechenland stehen Niederlagen der linken Kräfte in Zypern und Italien. Neben internationalen Streiks steht die Schwäche der lange Zeit die Schlagzeilen beherrschenden Occupy-Bewegung in Deutschland. Was nehmen wir von der deutschen Linkspartei auf Plakaten wahr? Steuerforderungen? Abgaben für Millionäre? Ist das alles? Die Linke steht im Prinzip für die Alternative zum Kapitalismus und realpolitisch als Korrektiv zu seinen krassen Auswüchsen. Was wir wahrnehmen, ist aber eine Linke als Anti-FDP. Die einen wollen weniger, die anderen mehr Steuern. Das Eine ist weder das große freiheitliche Projekt des Liberalismus, noch das Andere die radikale politische und wirtschaftliche Alternative der Linken. Gerade für diejenigen im Jungen Forum der GfA, die sich nicht als links verstehen, ist es ein Anliegen, dass sich die außerparlamentarische wie parlamentarische Linke, auch die linke Wissenschaft, positioniert und ihren Entwurf vorstellt. Die politischen Kräfte der Mitte waren immer dann am produktivsten für die Demokratie, wenn sie von Euch herausgefordert wurden, wenn die Bewahrer und Reformen auf Euch antworten konnten.

Dieses Wochenende ist nur ein Mosaikstein einer solchen Diskussion, vielleicht schießen wir auch über das Ziel hinaus. Wir möchten aber dringend das Angebot nutzen, das uns die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der Beteiligung an dieser Konferenz gemacht hat. Dazu gehört, kritisch miteinander und kritisch mit uns zu diskutieren. Die aufgeworfenen Fragen der Diskussionen und Vorträge sind jedoch am Sonntag um 13 Uhr nicht erledigt. Ich bitte Sie, tragen Sie die Inhalte und Eindrücke von diesem Wochenende in Ihre Organisationen und Projekte. Stellen Sie sich der Diskussion und veröffentlichen Sie Ihre Ansätze, damit wir an Instituten und Gesprächskreisen, in Verbänden und in der Familie weiter diskutieren, was wir dieses Wochenende aus fast allen Ecken Europas hören und lernen.

Ich danke Ihnen!

□

Die Krise der Europäischen Union*

Referentin: Birgit Daiber, ehem. Leiterin des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brüssel; Koordinatorin des Gesprächskreises Europa der RLS

1. Einige Fakten zur Geschichte der Deregulierung in der Europäischen Union

Die Europäische Union begann ihren internen Prozess der Deregulierung mit der Implementierung des großen Binnenmarktes ab 1987 mit den proklamierten vier Grundfreiheiten (Waren, Dienstleistungen, Kapital, Personen). Der freie Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten und Drittstaaten war dabei eines der zentralen Projekte. 1990 wurde mit der „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ (EWWU) das Vorhaben einer gemeinsamen Währung in drei Stufen beschlossen, als monetarisches Projekt und ohne eine Vergemeinschaftung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken. Mit dem Maastricht-Vertrag folgten die berühmten Konvergenzregeln für die Teilnahme an der gemeinsamen Währung (die im übrigen den Vorgaben des Fiskalpaktes entsprechen, der 2012 beschlossen wurde – allerdings mit dem Unterschied, dass die Konvergenzregeln als freiwillige Übereinkunft und nicht als bindende Regelung galten).

Einzelne Erscheinungen der Krise wurden schon in den 90-er Jahren sichtbar. Mit der Aufkündigung des sozialdemokratischen Paktes eines Ausgleichssystems zwischen Kapital und Arbeit zuletzt durch den Maastricht-Vertrag wuchsen die Probleme insbesondere im Beschäftigungssektor. Und nicht vergessen werden sollte die Spekulationsattacke von 1992 gegen die Bank von England und die italienische Staatsbank, um den damals noch existierenden ECU zu zerstören. Dieses Manöver hatte zur Folge, dass Italien und Großbritannien das europäische Währungssystem verlassen mussten – es war aber auch eine erste große Attacke zur Durchsetzung des neoliberalen Systems.

1999 wurde mit der Einführung des Euro der „Financial Services Action Plan“ beschlossen. „Die Vorschläge der Kommission zur europäischen Finanzreform waren daher stark vom amerikanischen Modell beeinflusst und förderten vorrangig marktwirtschaftliche Formen der Finanzwirtschaft. Dabei wurden Finanzinstitute dazu angeregt, wettbewerbsfähiger zu werden. In diesem Zusammenhang strebten die europäischen Finanzinstitute im Zuge der Einführung marktwirtschaftlicherer Vorgehensweisen voller Eifer nach scheinbar hohen Einkünften

aus US-amerikanischen Wertpapieren, die durch Hypotheken gesichert waren.“¹

Der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen umfasste 42 Einzelmaßnahmen, die die Schaffung eines gemeinsamen Finanzmarktes zum Ziel hatten, gleichzeitig aber das europäische Bankensystem an das amerikanische angeschlossen – mit einem sehr viel höheren Anteil an marktbasierter Finanzdienstleistungen und einer sehr viel höheren Konkurrenz zwischen den Finanzinstitutionen.

Die Deregulierung der Finanzdienstleistungen und die Verführung für die europäischen Banken, sich an hochspekulativen Geschäften in den USA zu beteiligen, war die erste entscheidende Weichenstellung. Die zweite bestand darin, dass mit der Einführung des Euro die Euro-Länder Schulden zu billigen Zinsen machen konnten. Staaten und private Haushalte verschuldeten sich und täuschten eine Prosperität vor, die der Wirtschaftsleistung nicht entsprach. Das sind die beiden entscheidenden Weichenstellungen, die erheblich zu den aktuellen Problemen beigetragen haben. Aber zunächst schien alles gut zu gehen.

2. Die Bankenkrise

2007 begann das Desaster mit der Weigerung der amerikanischen Banken, sich gegenseitig noch Geld zu leihen. Die amerikanische und die europäische Zentralbank pumpeten enorme Summen in den Markt, um einen Crash aufzuhalten. Dies schien auch halbwegs zu gelingen, bis dann im Herbst 2008 die Investitionsbank Lehman Brothers und der Versicherungsgigant AIG zusammenbrachen. Damit waren alle im internationalen Investitionsgeschäft tätigen Banken betroffen, und es begann der Prozess der staatlichen Stützung der als „systemrelevant“ eingestuften Banken, der bis jetzt, 2012, anhält. Insgesamt wurden die Verluste der Banken nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds allein 2007 bis 2010 in Europa mit 630 Milliarden US-Dollar, in den USA mit 878 Milliarden Dollar gestützt. Die Situation der Euro-Zone allein hat sich seither weiter dramatisch zugespitzt. Das Ifo-Institut München hat für 2012² eine Zusammenfassung der maximalen Kreditvergabe zur Rettung des Euro erstellt. Daraus ergeben sich – ohne Einbeziehung der Target-Verbindlichkeiten (das sind Verbindlichkeiten zwischen Notenbanken und Europ. Zentralbank) – Maßnahmen von insgesamt 1.484 Milliarden Euro, eine kaum noch vorzustellende Menge Geld – und es ist kein Ende abzusehen. (Abb. I)



Abb. I

* Siehe auch Buchanzeige S. 10.

1 Trevor Evans, The Crisis in the Euro Area, in: International Journal of Labour Research, 2011, Vol. 3, Issue 1, Crisis: Causes, prospects and alternatives, ILO Geneva, p. 99. „The Commission’s proposals for financial reform in Europe were, consequently, strongly influenced by the American model, giving priority to promoting market-based forms of finance, and encouraging financial institutions to become more competitive. In this context, as European financial institutions adopted more competitive strategies they eagerly sought the apparently high returns available from US mortgage-backed securities.“

Die Krise ist nicht nur ein Problem der EU und der USA. Sie hat viele Länder der Welt im Griff und ist Teil des großen Transformationsprozesses des globalen Kapitalismus (...). Das Problem der Euro-Zone war aber, dass es seit 2010 massive Spekulationsattacken auf die gemeinsame Währung gab. Eine der letzten Attacken erfolgte nach den Wahlen in Frankreich und Griechenland. Am Montag, 7. Mai 2012, einen Tag nach der Wahl von Francois Hollande zum Präsidenten Frankreichs, meldete das „Handelsblatt“:

„Noch immer greifen Anleger zu deutschen Staatsbonds, weil die Papiere nach wie vor als besonders sichere Anlage gelten. Doch gleichzeitig sichern sich immer mehr Investoren über Kreditausfallversicherungen, sogenannte Credit Default Swaps (CDS), gegen eine deutsche Staatspleite ab. Diese Investoren rechnen mit einer Zuspitzung der Euro-Krise und fürchten, dass die Misere auch die bislang als grundlegende eingeschätzten deutschen Staatsanleihen treffen könnte.“³

Bei diesen CDS handelt es sich um eines jener kriminellen Finanzinstrumente aus dem Baukasten der internationalen Zocker-Gemeinde. Bereits 2010 hat Wolfgang Schäuble im Alleingang diese CDS für Deutschland verboten, gefolgt von Frankreich, Italien, Spanien und Belgien, und unter dem Druck der Attacken wurden sie 2011 auch auf EU-Ebene verboten, allerdings in verwässerter Form, was die erneuten Spekulationen auf eine deutsche Staatspleite bewiesen. Eine proklamatorische Sicherung der Währung erfolgte 2012 durch den Präsidenten der Europäischen Zentralbank mit der Aussage, dass die EZB alles tun werde, um die Währung zu sichern und dazu auch in der Lage sei – diese Aussage hatte zur Folge, dass sich die Lage etwas beruhigte.

Die Europäische Politik wurde lange Zeit von der vor allem auch von Deutschland ausgehenden Weigerung bestimmt, eine echte gemeinschaftliche Sicherung der Währung und eine der neuen internationalen Situation angepasste europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu akzeptieren. Neben den riesigen Summen, die jetzt „europäisch“ als Bürgschaften, Kredite und Interventionen der Europäischen Zentralbank bereitgestellt werden, müssen aber auch die national z.T. bis heute notwendigen Transfers an Banken einbezogen werden. Als Beispiel hierfür kann die französisch-belgisch-luxemburgische Dexia-Bank gelten: Dexia war auf öffentliche Finanzierungen spezialisiert als Hausbank der Kommunen und Gemeinden in den betroffenen Ländern. Dexia hatte sich in Irland mit einer Tochterbank der deutschen Hypo Real Estate verspekuliert, und 2008/2009 stützten die drei Länder Dexia mit 6,4 Mia. Euro und gaben eine Garantieerklärung ab. 2010 wurde ein Teil des Versicherungsgeschäftes von Dexia an die Bank PNB Paribas verkauft. Aber Dexia strauchelte weiter. Im Herbst 2011 begann die endgültige Aufsplitterung. Dexia erhielt eine sog. „Bad Bank“, in die 95 Milliarden Euro Verschuldung eingebracht wurden. Belgien kaufte den belgischen Teil zurück und benannte die Bank in „Belfius“ um. Die drei Länder gaben gleichzeitig eine neue Garantie-Erklärung über 90 Milliarden Euro ab.

Bis 2011 waren wirkliche Regulierungsmaßnahmen

kaum in Sicht. Die Euro-Memorandum-Gruppe fasste die Situation in ihrem Gutachten 2012⁴ zusammen: „Zu jedem Zeitpunkt der Krise haben die europäischen Behörden nur das absolut Notwendigste unternommen, um auf die jeweilige Situation zu reagieren. Bei dem Versuch, die grundlegenden Probleme in den Griff zu bekommen, haben sie jedoch gänzlich versagt. Die Behörden haben Austeritätsprogramme aufgelegt, anstatt die Macht der Finanzunternehmen, die für die Krise verantwortlich sind, in Frage zu stellen. Dies hat unzählige Menschen überall in der EU in soziales Elend gestürzt.“

Echte Regulierungsstrategien dauern sehr lange in der Europäischen Union. Sie sind Teil der eher unspektakulären Kleinarbeit gesetzlicher Verfahren zwischen EU-Kommission, Europäischem Parlament und Ministerrat. Begleitet wird dies durch das Finance-Watch-Netzwerk, das 2010 von EP-Abgeordneten ins Leben gerufen wurde und dem viele öffentliche und sozialwirtschaftliche Organisationen sowie Experten aus dem Bankgewerbe angehören, die mit dem Kasino-Kapitalismus nicht einverstanden sind. Das Finance-Watch-Netzwerk versteht sich als Gegen-Lobby zur in Brüssel übermächtigen Bankenlobby und versucht Transparenz herzustellen und durch kritische Analysen und regulatorische Vorschläge die politischen Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Inzwischen sind einige Regulierungsschritte auf den Weg gebracht. Dazu gehören

- die Stärkung der Finanzaufsicht auf europäischer Ebene (2011)
- die Aufsicht über Rating-Agenturen
- Regulierung und Überwachung von Schattenbanken
- Aufsicht über Hedgefonds
- das sog. Sixpack, mit dem die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beschlossen wurde – insbesondere der Abbau öffentlicher Defizite sowie ein Frühwarnsystem bei ökonomischen Ungleichgewichten. Das Sixpack umfasst 5 Verordnungen (direkt anzuwendende europäische Gesetze) und eine Richtlinie (die in nationale Gesetze transformiert werden muss).
- Das sog. Twopack, mit dem die Überwachung der Haushaltsdisziplin und der Transparenz (Europ. Semester) gewährleistet werden sollen. Es handelt sich wiederum um Verordnungen, die direkt für die 17 Euro-Länder wirksam sind. Das Twopack trat am 30. Mai 2013 in Kraft.
- 2012 wurde entschieden, dass die Europ. Zentralbank als „Lender of Last Resort“ fungieren kann.
- Leerverkaufsverbot (DE 2010, EU 2012).
- Europ. Zentralbank soll die Aufsicht über ca. 6000 Banken erhalten (2012)
- Regulierung des Hochfrequenzhandels
- EMIR-Gesetz der EU zum Handel mit Derivaten (2012)
- Grundlegung einer Bankenunion mit Einzelmaßnahmen (s.o.) sowie Verursacher-Beteiligung bei Banken-Crashes und einer Bankenabgabe – Beschluss des Ministerrates im März 2013, aber immer noch Streit über die Ausgestaltung.
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer durch 11 Euro-Länder (Beschluss v. Januar 2013). ►

2 Quelle: <http://de.statista.com>

3 Handelsblatt, 7. Mai 2012, S. 30, „Die Deutschland-Wette“

4 EuroMemo Gruppe, EuroMemo 2012, Europäische Integration am Scheideweg: Mehr Demokratie für Stabilität, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg 3/2012, S. 6

- Insofern kann man davon ausgehen, dass im sechsten Jahr der Krise eine Reihe von regulatorischen Maßnahmen in die Wege geleitet sind oder bereits wirksam sind. Positiv ist ohne Zweifel die Eindämmung krimineller Spekulationspraktiken, die Schaffung einer effizienten Bankenaufsicht und die Sicherung der Währung. Dass es kein wirkliches Verbot krimineller spekulativer Instrumente auf europäischer Ebene und es keine klare Trennung zwischen Geschäftsbanken und Investmentbanken gibt (eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass das Kreditwesen für die Realwirtschaft funktioniert), bleibt anzumerken. Von großer negativer Wirkung allerdings sind weiterhin die Austeritätsvorgaben, die im Verlauf der Krise verheerende Auswirkungen nicht nur auf die direkt betroffenen Länder, sondern auf die europäische Wirtschaft insgesamt hatten.

3. Die Staatsschuldenkrise

Die wesentlichen Regulierungsschritte der EU bzw. der Euro-Zone sind ab 2011 eingeleitet worden und treten zum Teil 2013, zum Teil erst 2014 in Kraft. Bis mindestens 2012 hat sich die Bankenkrise ungebremst fortgesetzt. Die Staatsschuldenkrise ist (abgesehen von Griechenland) eine direkte Folge der Bankenkrise, weil die Länder versuchten, durch massive staatliche Interventionen den großen Bankencrash zu verhindern. Die nebenstehende Grafik⁵ (Abb. II, S. 7) zeigt die Veränderung der öffentlichen Schulden und Steueraufkommen im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt in den sog. entwickelten und den sog. aufstrebenden Ländern – in Zahlen von 2010.

Von den 45 entwickelten Ländern weisen nur Israel, die Schweiz, Norwegen, Schweden, Kuwait, Saudi Arabien und Oman eine positive Bilanz auf. (Abb. III, Tabelle, Quelle: ILO, World of Work Report 2012) Trotz einiger Fortschritte bei der Haushaltssanierung wächst die Verschuldung der EU-Staaten rasant. Allein die 17 Länder der Eurozone steigerten ihre Schuldenlast im vergangenen Jahr um 375 Milliarden Euro. Nach Angaben der EU-Statistikbehörde Eurostat summierte sich der Schuldenberg in der Eurozone Ende 2012 auf rund 8,6 Billionen Euro. EU-weit sind es sogar elf Billionen Euro – etwa 576 Milliarden Euro mehr als ein Jahr zuvor. Eurostat gibt folgendes Bild (Abb IV., Tabelle rechts, Defizite in den EU-Staaten 2012).

Siebzehn der 27 EU-Länder sind nicht in der Lage, die Defizitkriterien einzuhalten, die sich die Länder selbst verordnet haben. Deutschland ist 2012 das einzige EU-Land, das kein Staatsdefizit aufweist – aber trotzdem mit der Gesamtverschuldung weit über den erlaubten 60 % des BIP liegt.

Die Verschuldung der Länder verstärkt die Unausgeglichenheit ihrer Zahlungsbilanz. Dies führt dazu, dass sie weiter versuchen müssen, Kredite, also sog. „frisches Geld“ zu leihen – dafür aber immer höhere Zinsen bezahlen müssen. Damit steigen natürlich auch wiederum ihre Schulden. Die europäische Politik versucht, mit riesigen Bürgschaften und Hilfszahlungen wenigstens die Kreditfähigkeit der hochverschuldeten Staaten aufrechtzuerhalten und damit ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone zu verhindern.

Sie rief den Märkten zu: „Schaut her, wir stehen mit all unserer Kraft dafür ein, dass die Staaten ihre Verbindlichkeiten gegenüber den Banken erfüllen können – glaubt uns doch bitte und hört auf, gegen

	Staatsdefizit/ überschuss*	Gesamtverschuldung*
Eurozone	-3,7%	90,6%
EU	-4,0%	85,3%
Deutschland	+0,2%	81,9%
Belgien	-3,9%	99,6%
Bulgarien	-0,8%	18,5%
Dänemark	-4,0%	45,8%
Estland	-0,3%	10,1%
Finnland	-1,9%	53,0%
Frankreich	-4,8%	90,2%
Großbritannien	-6,3%	90,0%
Irland	-7,6%	117,6%
Italien	-3,0%	127,0%
Griechenland	-10,0%	156,9%
Lettland	-1,2%	40,7%
Litauen	-3,2%	40,7%
Luxemburg	-0,8%	20,8%
Malta	-3,3%	72,1%
Niederlande	-4,1%	71,2%
Österreich	-2,5%	73,4%
Polen	-3,9%	55,6%
Portugal	-6,4%	123,6%
Rumänien	-2,9%	37,8%
Schweden	-0,5%	38,2%
Slowakei	-4,3%	52,1%
Slowenien	-4,0%	54,1%
Spanien	-10,6%	84,2%
Tschechien	-4,4%	45,8%
Ungarn	-1,9%	79,2%
Zypern	-6,3%	85,8%
Quelle: Eurostat	* in Prozent des BIP	* in Prozent des BIP

Abb. III

den Euro zu spekulieren.“ Sie füttern den Tiger und hoffen, dass er dadurch satt und zufrieden wird und aufhört, sie anzugreifen.

Gleichwohl ist die Spirale nicht zu bremsen, auch nicht durch die allerstrikteste Sparpolitik in den betroffenen Ländern. Als Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und Italien 2010 massive Sparprogramme beschlossen, die die Reduzierung von Löhnen einschlossen, und Deutschland und Frankreich die Reduzierung ihrer Staatshaushalte vornahmen, warnte sogar der IWF vor einer möglichen Rezession der europäischen Wirtschaft. Mit dem Fiskalpakt und dem Europ. Stabilitätsmechanismus wird diese Austeritätspolitik verstärkt, und historisch gewachsene soziale Besitzstände werden angegriffen, öffentliche Güter privatisiert, und öffentliche Investitionen kommen zum Erliegen. Die ILO sagt in ihrem „World of Work Report 2012“ zu dieser Situation:

„In denjenigen Ländern, die dem Kurs der Sparpolitik und Deregulierung am stärksten gefolgt sind, vorwiegend Länder Südeuropas, verschlechterten sich Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum weiter. Die Maßnahmen scheiterten in vielen Fällen auch

5 World of Work Report 2012 – Better Jobs for a Better Economy, International Labour Office, p. 63, Geneva ILO, 2012

Figure 3.1 Change in public debt* and fiscal balance as a percentage of GDP between 2007 and 2010

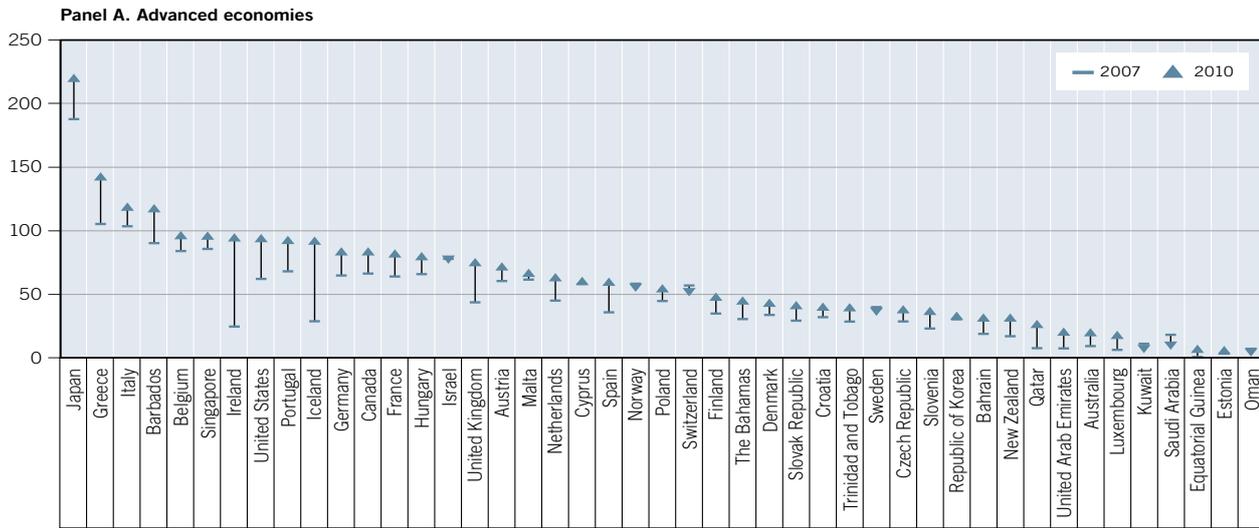


Abb. II

Figure 1. Employment rates in the third quarters of 2008, 2010 and 2012 (percentages)

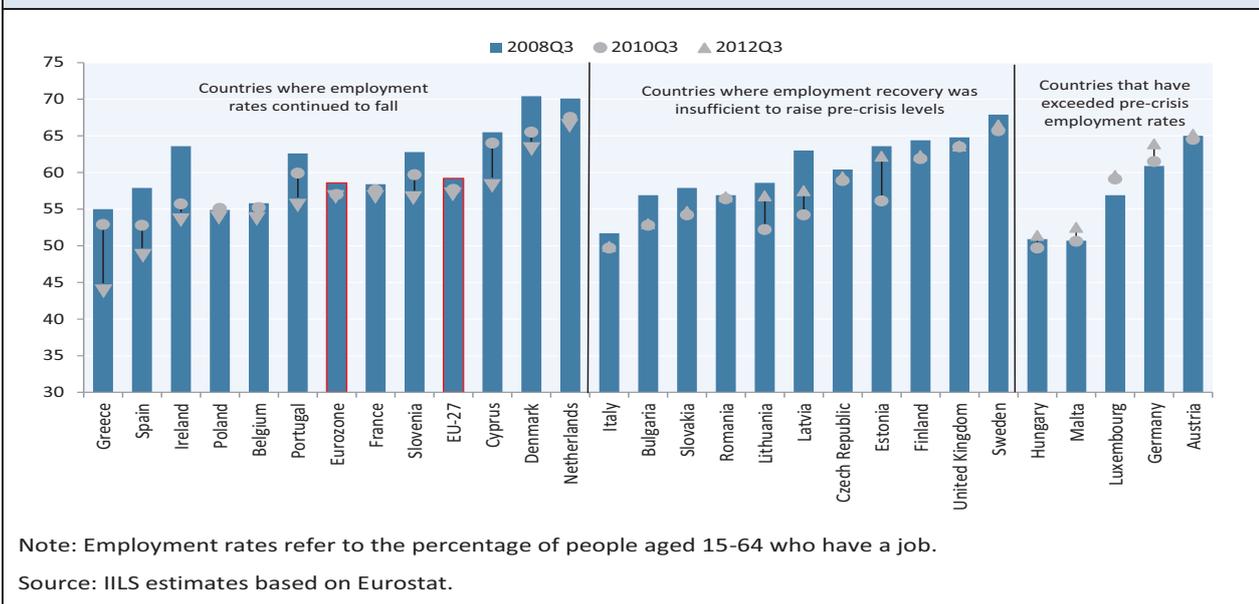


Abb. IV

bei der Stabilisierung der Finanzlage. Der wesentliche Grund für dieses Scheitern liegt in der Tatsache, dass diese Maßnahmen nicht in der Lage sind, private Investitionen zu stimulieren, wenn man sie im Lichte der eingeschränkten Nachfrageerwartung betrachtet, und ein Bankensystem, das mitten in einem Prozess des „Schuldenabbaus“ steckt, zusätzlich erschwerend hinzukommt. Die Sparfalle hat zuge schnappt. Sparpolitik hat sogar zu geringerem Wirtschaftswachstum geführt, die Schwankungsanfälligkeit erhöht und die Bilanzen der Banken verschlimmert, was eine zusätzliche Schrumpfung der Kredite und geringere Investitionen zur Folge hatte und dadurch zum Abbau von Arbeitsplätzen beigetragen hat.⁶

2013 zeigt die ILO in ihrem „World of Work“-Report⁷ folgendes Bild (Abb. IV):

Von den europäischen Ländern befinden sich nur Ungarn, Malta, Rumänien, Deutschland und Luxemburg auf einem Beschäftigungsniveau, das demjenigen vor der Krise entspricht. Bulgarien, Litauen, Polen, Lettland, Tschechien, Estland, Großbritannien, Österreich und Schweden weisen ein Beschäftigungswachstum aus, das aber noch nicht das Niveau vor der Krise erreicht. Weiterhin sinkende Beschäftigungszahlen haben Kroatien, Spanien, Italien, Belgien, Portugal, Slowakei, Frankreich, Irland, Slowenien, Finnland, Zypern, Dänemark, die Niederlande und Griechenland. Der Bericht der ILO sagt aus, dass die Beschäftigungszahlen in den entwickelten Län-

6 ILO, World of Work Report 2012, a.a.O., p. IX. „In countries that have pursued austerity and deregulation to the greatest extent, principally those in Southern Europe, economic and employment growth have continued to deteriorate. The measures also failed to stabilize fiscal positions in many instances. The fundamental reason for these failures is that these policies – implemented in a context of limited demand prospects and with the added complication of a banking system in the throes of its ‘deleveraging’ process – are unable to stimulate private investment. The austerity trap has sprung. Austerity has, in fact, resulted in weaker economic growth, increased volatility and a worsening of banks’ balance sheets leading to a further contraction of credit, lower investment and, consequently, more job losses.“

7 ILO, World of Work Report 2013, Repairing the economic and social fabric, Geneva 2013

► dern 2014 wieder den Stand vor der Krise erreichen können. Aber wenn das Wachstum der Bevölkerung im beschäftigungsfähigen Alter zugrundegelegt wird, dann wird die Beschäftigungssituation erst 2018 wieder den Stand von 2007 erreichen können – bei günstiger Entwicklung. „Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Wachstumsprognosen wird erwartet, dass sich die Beschäftigungssituation in den höher entwickelten Volkswirtschaften im Jahre 2014 wieder auf den Stand, auf dem sie sich vor der Krise befand, erholen wird (...). Berücksichtigt man jedoch das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, wird sich die Beschäftigungsquote nicht vor 2018 erholen. Die Beschäftigungsquote wird im Jahre 2017 56,5% erreichen, womit sie 0,1 Prozentpunkte unter dem Maximum liegen wird, das vor der Krise erreicht worden ist. Man erwartet während der nächsten 5 Jahre in den höher entwickelten Volkswirtschaften ein Beschäftigungswachstum von durchschnittlich 1,3% pro Jahr, wenn man annimmt, dass das Erwerbsalter um jährlich 0,5% expandiert. Daher sehen sich die höher entwickelten Volkswirtschaften einer zweifachen Herausforderung gegenübergestellt, also dem Abbau des bestehenden Beschäftigungsdefizits bei gleichzeitiger Bereitstellung von Beschäftigung für mehr als 20 Millionen zusätzlicher junger Menschen, deren Eintritt in den Arbeitsmarkt in den nächsten 5 Jahren erwartet wird.“⁸

Der Kreislauf der sich gegenseitig verstärkenden negativen Faktoren ist also nicht nur in den bereits massiv angeschlagenen EU-Ländern weiter wirksam: Die weiter wachsende Arbeitslosigkeit reduziert die Steuereinnahmen und erhöht die Sozialkosten – auch wenn die sozialen Sicherungssysteme reduziert werden, hinzu kommt die Bedienung der Schuldendienste und der Zwang für die Länder, immer neue Schulden aufzunehmen – es ist unmittelbar einsich-

tig, dass es sich hier um absurde Verfahren handelt. Sogar dem IWF ist dies im Fall von Griechenland aufgefallen: er räumt „bedeutende Misserfolge“ bei der Griechenland-Rettung ein und sagt, es sei stets von zu positiven Annahmen ausgegangen worden und die Wirkungen des Sparkurses auf das Wachstum der Arbeitslosigkeit seien massiv unterschätzt worden, die Schuldentragfähigkeit hingegen sei überschätzt worden.

4. In der Falle der Austeritätspolitik gefangen:

Die europäische Wirtschaftskrise

Mittlerweile befindet sich die Euro-Zone insgesamt im wirtschaftlichen Abschwung, die EU-Kommission spricht in unübertrefflicher literarischer Kreativität von einer „milden Rezession“. Die Wachstumszahlen für die EU sprechen aber eine klare Sprache und zeigen, dass eine Erholung nur sehr schwer in Gang kommt. (Abb. V, Quelle: Eurostat Frühjahrsprognose 2013).

Ende 2012 ist die Wirtschaftsleistung im gesamten Euro-Raum um 0,6% geschrumpft.⁹ Das Euromemorandum für 2013 rechnet eine mögliche weitere Schrumpfung von 3,5% bis 2016 vor: „Prognosen zur gebündelten Wirkung der verschiedenen finanzpolitischen Regeln, die künftig in der Eurozone eingeführt werden, legen nahe, dass das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2013 und 2016 in der gesamten Eurozone um bis zu 3,5% sinken könnte: zwischen 5-8% in Italien, Portugal, Spanien und um 10% in Griechenland und Irland.“¹⁰

Die Voraussagen der EU-Kommission sind günstiger. „Die Konjunktur in der EU scheint wegen der langsamen Anpassung in der Zeit nach der Krise und wegen der langandauernden Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen, dauerhaft von der Krise beeinflusst zu werden. Andererseits kann das potenzielle Wachstum, das im Jahre 2013 in der EU noch

Wachstumsraten des BIP - EU27, Euroraum und Vereinigte Staaten
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

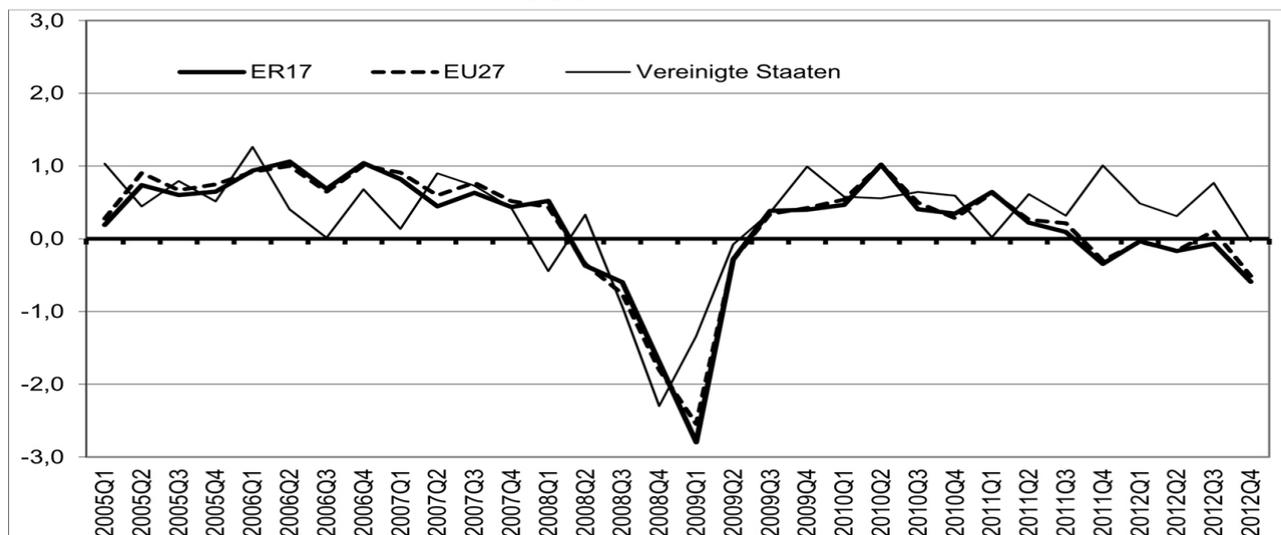


Abb. V

8 ILO-Report 2013, Seite 4. „Under current growth estimates, employment levels in advanced economies are expected to recover to pre-crisis levels by 2014 (...). However, once the growth in the working-age population is taken into account, the employment rate will not recover until 2018. The employment rate will reach 56.5 per cent in 2017, remaining 0.1 percentage points below the peak attained prior to the crisis. Employment is expected to grow by an annual average rate of 1.3 per cent in advanced economies over the next 5 years, while the working-age population is expected to expand by 0.5 per cent per year. Thus, advanced economies face the dual challenge of closing the existing jobs deficit while also providing employment for the over 20 million additional young people expected to enter the labour market over the next 5 years.“

9 Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.4.2013

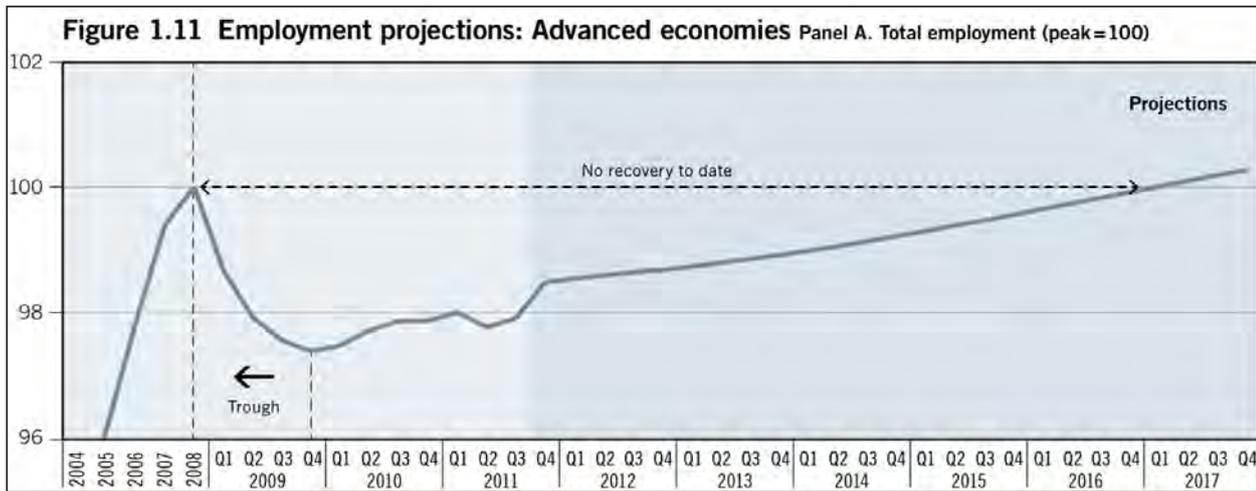


Abb. VI

bei 0,5% lag, hervorgehoben werden, da dessen allmähliche Erholung im Laufe der Zeit erwartet werden kann, während die strukturelle Arbeitslosigkeit verringert wird und die Investitionsaktivität sich normalisiert. Anders formuliert: Trotz der Niveauverschiebung des europäischen Bruttoinlandsprodukts, sollte auf lange Sicht keine Beeinträchtigung der Wachstumsdynamik erfolgen.¹¹

Dennoch konstatiert auch die EU-Kommissionsvertretung in Deutschland: „Die Wirtschaftstätigkeit wird sich voraussichtlich zu langsam beleben, um für eine Senkung der Arbeitslosenzahlen zu sorgen. Der Prognose zufolge wird die Arbeitslosenquote 2013 in der EU 11 % und im Euro-Währungsgebiet 12 % erreichen und 2014 bei diesen Werten stagnieren, wobei weiterhin ein sehr großes Gefälle zwischen den Mitgliedstaaten zu verzeichnen sein dürfte.“¹²

Rezession bedeutet ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Die Statistiken für die ersten Monate 2013 zeigen ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit in der Euro-Zone auf insgesamt 12 % – wobei sich die Brüsseler Szene in öffentlichem Erschrecken über die Zahlen aus Spanien zeigt: dort ist insgesamt über ein Viertel der Erwerbsbevölkerung – 27,2 % – inzwischen arbeitslos, bei den jungen Menschen sind es inzwischen 57,2%.¹³ Ein starker Abbau von Arbeits-

plätzen ist im ersten Quartal 2013 in Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, sowie in Irland und Griechenland beobachtbar.¹⁴

Aber selbst das unmittelbare Ziel der Austeritätspolitik, der Abbau der Staatsschulden, wird nicht erreicht. In den hochverschuldeten Ländern Spanien, Griechenland, Frankreich, Zypern und Portugal sind die Schulden weiter angewachsen, während Irland und Italien eine geringe Reduzierung aufweisen. Und vergessen wir nicht, dass Großbritannien außerhalb der Euro-Zone mit seiner Austeritätspolitik ebenfalls keinen Erfolg aufweisen kann, auch hier wachsen die Staatsschulden weiter.

Die ILO geht in ihren Prognosen davon aus, dass sich der Arbeitsmarkt bei positiver Gesamtentwicklung in den entwickelten Ländern erst ab 2016 wieder auf dem Niveau befinden wird, wie dies vor der internationalen Finanzkrise der Fall war (Abb. VI):¹⁵

Wobei noch nichts darüber ausgesagt ist, wie die Struktur der Beschäftigung aussieht. Allein in der EU haben 19 von 27 Ländern den Arbeitsschutz für abhängig Beschäftigte reduziert, und Griechenland, Ungarn, Italien, die Slowakei und Spanien haben auch die Arbeitnehmerrechte direkt eingeschränkt. Gleichzeitig wurden auch soziale Sicherungssysteme beschnitten: Ungarn und Irland reduzierten die Rentenbezüge, Belgien, Frankreich, Griechenland und Spanien wiederum erhöhten das Renteneintrittsalter, und Tschechien und die Niederlande reduzierten die Arbeitslosenunterstützung. Die folgende Grafik zeigt den prozentualen Anteil an Ländern, die seit dem Beginn der Krise Einschnitte in ihre sozialen Sicherungssysteme vorgenommen haben (Abb. VII):¹⁶

10 Euro-Memorandum, S. 2, www.euromemo.eu. „Estimates of the combined impact of the various fiscal rules being introduced in the euro area suggest that between 2013 and 2016 GDP could decline by as much as 3.5 % in the euro area as a whole, some 5–8 % in Italy, Portugal and Spain and 10 % in Greece and Ireland.“

11 EU-Com. Staff Working Document, European Economic Forecast, Spring 2013 p. 3. „Economic activity in the EU appears to have been permanently affected by the crisis, due to slow post-crisis adjustment and a long-lasting deterioration in financing conditions. On a more positive note, potential growth, estimated at only 1/2 % in the EU in 2013, is expected to recover gradually over time as structural unemployment is reduced and investment activity normalises. In other words, despite the level shift in EU GDP, its growth dynamics should not be affected in the long term.“

12 EU-Komm, Vertretung in Deutschland, 3.5.2013

13 Quelle: www.eurostat.eu

14 Quelle: www.eurostat.eu

15 World of Work Report 2012, a.a.O., S. 18

16 World of Work Report 2012, a.a.O., S.66

Figure 3.4 Percentage of countries that have introduced cuts in social security benefits since 2008

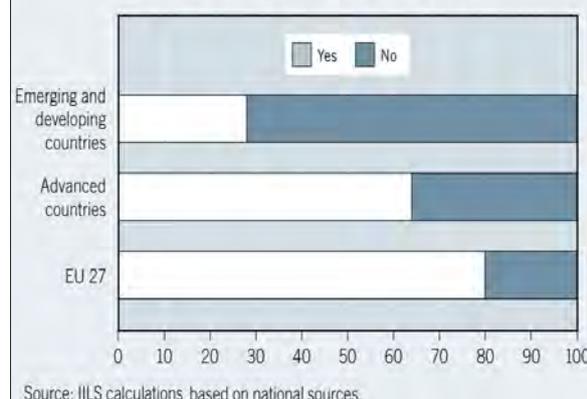


Abb. VII

► Hier wird die zweite Ebene der Konsequenzen der Krise sichtbar: In der EU finden momentan und im Schatten der Finanzkrise massive Veränderungen statt. Sie betreffen Arbeitnehmerrechte, soziale Sicherungssysteme und die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Gütern (d.h. im Wesentlichen die allgemeinen Gesundheits-, Bildungs-, Renten-, Arbeitslosigkeitssysteme). Was mit dem Deregulierungsschub in den 90-er Jahren noch nicht so recht gelungen ist, wird nun im Schatten der Krise exekutiert. Insgesamt hat Europa – verglichen mit anderen Weltregionen – immer noch historisch gewachsene Arbeitnehmerrechte und soziale Risiko-Sicherungssysteme von beachtlichem Ausmaß. Sie sind mehr als jemals zuvor zum Objekt der Begierde geworden. Unter dem Stichwort Flexibilisierung wird die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in großem Maßstab durchgesetzt und die Privatisierung der immer noch erheblichen Risiko-Sicherungssysteme verspricht fette Beute für die Versicherungswirtschaft.

Aber es gibt auch eine andere Entwicklung: Die Akzeptanz der EU bei den Bürgerinnen und Bürgern ist massiv gesunken. Die Frankfurter Rundschau meldet am 15. Mai 2013:

„Nur noch 41 % der Franzosen haben ein positives Bild von der EU, das sind 21 Prozentpunkte weniger als vor sechs Jahren. Frankreich steht nicht alleine da. Auch in anderen EU-Staaten verblasst Europas Charme. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des US-amerikanischen Pew-Instituts hervor. Das Institut hat im März 7646 Menschen in Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien, Tschechien, Griechenland und Polen befragt. In allen Ländern geht die EU-Euphorie zurück. Am geringsten in Deutschland (minus 9 Punkte auf 60 %), am stärksten in den Krisenstaaten des Südens: In Spanien liegt die Zustimmungsrates zur EU bei 46 % (minus 34 Punkte), in Italien bei 58 % (minus 20 Punkte) und



Birgit Daiber
Europas Krise im Kontext der Weltkrisen

Welttrends, Europa-Spezial No. 4, Potsdam 2012

ISSN: 2193-6145; ISBN 978-3-941880-45-0

Zu bestellen unter:

bestellung@welttrends.de

<http://welttrends.de/europa-spezial>

in

Griechenland bei 33 % (das Land wurde bei der letzten Studie 2007, also im Jahr vor Beginn der Krise, nicht erfasst).

„Europas kranker Mann ist Europa“, betiteln die Pew-Forscher ihre Studie. Auch im Osten Europas sinkt die Zustimmung. In Polen liegt sie bei 68 %, das ist zwar EU-weit Spitze, aber 15 Punkte weniger als vor sechs Jahren. In Tschechien liegt die Quote bei 38 % – 16 Punkte weniger als 2007.“

Der World-of-Work-Report 2013 der ILO wiederum publiziert eine Statistik, die sich mit der Möglichkeit sozialer Unruhen befasst. Und hier ist bemerkenswert, dass der höchste Wert nicht etwa für Nordafrika und den Mittleren Osten oder andere Konflikt-Regionen der Welt errechnet wird, sondern für Europa:

„Die Gefahr sozialer Unruhen ist unter den 27 Mitgliedstaaten der EU am höchsten, wobei sie von 34 % im Jahre 2006/2007 auf 46 % im Jahre 2011/2012 angewachsen ist. Dies entspricht einem Wachstum von 12 %. Die Gefahr sozialer Unruhen stieg in 17 von 24 Volkswirtschaften (in 70 % der Mitgliedstaaten), wobei zu 24 von insgesamt 27 Mitgliedstaaten der EU Daten vorlagen.

Dieser Anstieg der Gefahr sozialer Unruhen in der Europäischen Union kann wahrscheinlich auf die politischen Reaktionen auf die anhaltende Staatsschuldenkrise zurückgeführt werden, sowie auf ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen und ihr

Wohlbefinden. Die Wirtschaft der Eurozone befindet sich seit dem dritten Quartal des Jahres 2011 in einer Rezession, die Arbeitslosigkeit erreichte vor kurzem eine Rekordquote von 12 % ,und die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 23,9%. Die Einkommensungleichheit hat sich in einer Reihe der Länder der Eurozone verschlimmert (...). Dieses düstere wirtschaftliche Szenario hat ein zerbrechliches soziales Umfeld geschaffen, da weniger Menschen die Möglichkeit sehen, einen guten Arbeitsplatz und eine Verbesserung ihres Lebensstandards zu erreichen.“¹⁷ (Abb. VIII) Quelle: ILO WoW 2013, S. 16.

Figure 1.6 Change in the social unrest index: Pre-crisis (2006/07) versus post-crisis (2011/12)

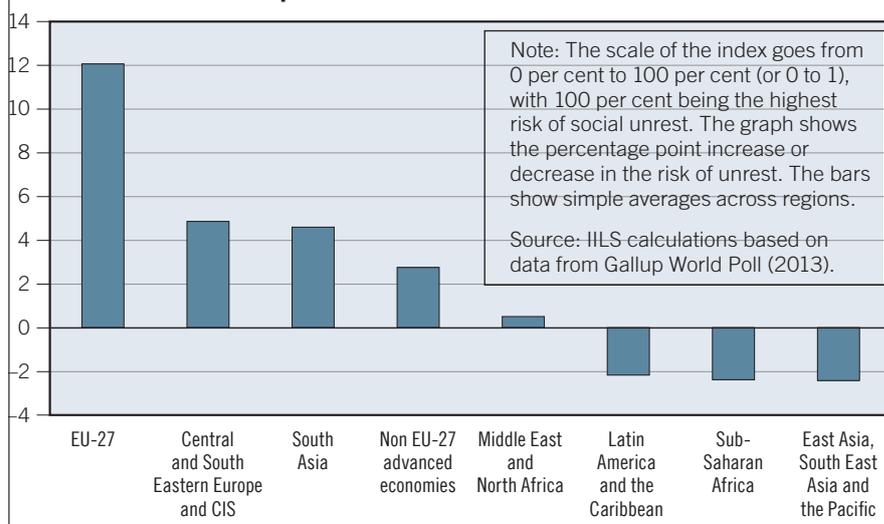


Abb. VIII

¹⁷ ILO WoW 2013, p. 14. The risk of social unrest is the highest among the EU-27 countries – it increased from 34 per cent in 2006/07 to 46 per cent in 2011/12 (figure 1.6) – a 12 percentage points increase. Among the 24 EU-27 economies with data for 2012, the risk of social unrest increased in 17 of them (70 per cent). „This increase in the risk of unrest in the European Union is likely to be due to the policy responses to the ongoing sovereign debt crisis and their impacts on people’s lives and perceptions of well-being. The euro area economy has been in recession since the third quarter of 2011, the unemployment rate recently reached a record high of 12 per cent and the youth unemployment rate is at 23.9 per cent. Income inequality has also worsened in a number of euro area economies (see Chapter 2). This bleak economic scenario has created a fragile social environment, as fewer people see opportunities for obtaining a good job and improving their standard of living.“

Demokratie-Verlust: Die EU in der Krise, die Krise der EU und die Krise der Demokratie

Referent: Lutz Brangsch

Lutz Brangsch ist wissenschaftlicher Referent des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Was ist der Maßstab für Gewinne und Verluste an Demokratie?

Zuerst wäre zu fragen – was verstehen wir unter Demokratie? Gemeinhin wird darunter eine Art der Ausübung der politischen Macht, meist als Staatsform, verstanden, in der die Legislative durch Mehrheitsentscheidungen eingesetzt und das Handeln durch die auf diesem Wege entstandenen Gesetze allgemein geregelt wird. Demokratie wird mit der Institution der gleichen und geheimen Wahlen, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und anderen Grundrechten verbunden. Demokratie erscheint als ein Katalog von Verhaltens- und Verfahrensweisen und Institutionen. Tatsächlich ist sie aber vor allem die Fixierung einer Machtbalance in einer bestimmten Form. Die notwendige Kehrseite der Demokratie ist so die Repression gegen Minderheiten, die verschiedenen Formen ihrer Unterordnung unter den Mehrheitswillen vor allem mit Hilfe des staatlichen Gewaltmonopols.

Der Begriff fragt nicht nach der eigenen Qualität. Der so dargestellte Rahmen kann wie bekannt in sehr unterschiedlicher Weise gefüllt werden. Die Möglichkeiten der unterschiedlichen Gruppierungen in der Gesellschaft, diese Rechte auch wirklich wahrnehmen zu können, ihre Auffassungen mehrheitsfähig zu machen, unterscheiden sich in der Wirklichkeit stark. Medienmacht, gesetzliche Beschränkungen der Organisations- und Versammlungsfreiheit, das Wahlrecht, finanzielle Begrenztheit der Selbstorganisationsmöglichkeiten verschiedener sozialer Gruppen, die Begrenzungen durch die Organisationsweise des Staatsapparates und des Territoriums, Unzugänglichkeit von Entscheidungsprozessen sind normaler Bestandteil der Demokratie. Als bürgerliche Demokratie ist die Demokratie eine der WarenbesitzerInnen und MarktteilnehmerInnen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wenn wir heute von Demokratie sprechen, sprechen wir grundsätzlich von „Marktdemokratie“. Sie gestaltet die dem Kapitalismus eigenen Konkurrenzverhältnisse, auch die zwischen den Lohnabhängigen. Sie reguliert zuerst einmal die „inneren Verhältnisse“ des herrschenden Blocks. Versammlungs- und Vereinigungsrecht der Arbeiter waren im 19. Jahrhundert über lange Zeit eher die Ausnahme. Das eigentliche Problem für die Herrschenden ist aber, dass die Dynamik des kapitalistischen Marktes Individualität, Schöpfertum, Initiative erfordert, die durch den Markt selbst nicht hervorgebracht werden können. Demokratie ist hier mittelbar eine Produktivkraft, sie ist eine Voraussetzung für nachhaltige Innovation und Akkumulation. Der Mensch als Arbeitskraft und der Mensch als politisches und kulturelles Wesen ist eben nicht trennbar. Die LohnarbeiterInnen konnten vor diesem Hintergrund Schritt für Schritt in dieses Machtverhältnis als aktive Kraft eindringen, den Inhalt von Grundrechten, die Handlungsweise von Institutionen usw. verändern. Sie setzten ihre Macht als Besitzer der Ware Arbeitskraft ein, um auch ihre Interessen als Menschen durchzusetzen. Die Durch-

setzung eines tatsächlich allgemeinen Wahlrechtes oder die Ausweitung von Grundrechten als Veränderungen der bürgerlichen Demokratie haben in dieser weiten Marktlogik ihre letztendliche Wurzel, auch wenn ideologische und kulturelle Aspekte ein wachsendes Gewicht erlangen. Das allgemeine und geheime Wahlrecht, das wir heute kennen, ist nicht Ergebnis der rein geistigen Erkenntnisfähigkeit des Bürgertums, der Wähler des 19. Jahrhunderts. Diejenigen, die eine neue Stufe des Wahlrechtes schließlich akzeptieren mussten, mussten dazu durch mehr oder weniger nachdrückliche politische Aktionen gezwungen werden.

Die Versprechen und die Realität von Teilnahme an den politischen Entscheidungen wie auch von Freiräumen und Entfaltungsmöglichkeiten gewinnen mit der Verwissenschaftlichung und Komplexität der gesellschaftlichen Reproduktion immer mehr an Gewicht. Das ist einer der Hintergründe der vielfältigen Versuche der Installation mehr oder weniger weitreichender Beteiligungsverfahren.

Ein weiterer damit untrennbar verbundener Aspekt ist die Notwendigkeit der Sicherung von Stabilität gesellschaftlicher Beziehungen. Das führt uns zu dem inneren Widerspruch der Demokratie – indem sie auf Kräfteverschiebungen im Sinne der Stabilisierung reagiert, schafft sie immer wieder die Bedingungen der eigenen Destabilisierung. Stabilisierung bedeutet immer Schaffung von Bewegungsspielräumen neuer Gruppen oder bestehender Gruppen in neuer Weise in dem gegebenen System, ohne seine Grundqualität zu zerstören. Der Gewinn von Bewegungsspielraum, von Wissen, Kultur, von Organisationserfahrungen und Organisationsmöglichkeiten bringt Bewusstsein der durch die gegebene Ordnung auferlegten Begrenzungen hervor, also neue Forderungen, neue Inhalte der politischen Auseinandersetzung. Es entsteht der Zwang zu neuen Anpassungen, die diesen neuen Anforderungen wieder Raum gibt oder sie unterdrückt – meist beides gleichzeitig. Demokratie muss also enorm dynamisch sein.

Der Maßstab für die Bewertung des Zustandes der Demokratie in einem Staat oder eben auch in der EU liegt letztlich immer darin, welche Spielräume sie für das politische Handeln der einzelnen sozialen Gruppen eröffnet. Wenn derzeit auch von Links über die Auflösung der Eurozone diskutiert wird, fehlt aber gerade dieser Aspekt – aus der zweifellos richtigen politischen Bewertung des Euro als imperialem Projekt wird kurzschlüssig abgeleitet, dass seine Abschaffung irgendeine positive Wirkung hervorbringen würde. Es liegt keine Untersuchung vor, die das bestätigt. Vor einiger Zeit hat Francisco Louçã in einem Beitrag die Folgen eines Austritts Portugals aus der EURO-Zone analysiert und kommt zu dem Ergebnis, dass sich die soziale und politische Lage für die breiten Massen in einem solchen Falle eher verschlechtern würde. (Louçã 2012)

Demokratie ist so kein „ewiger Wert“, sondern eine Form, „mit den lebendigen Klassenverhältnissen zu rechnen“. (Luxemburg) Sie gestaltet nicht nur die Widersprüche zwischen den einzelnen Klassen, son-

dern auch die innerhalb dieser. Die bürgerlich-demokratische Republik hat sich dabei als die Form erwiesen, die in flexibler Weise am besten auf die schwankenden Interessenlagen und die Veränderungen derselben reagieren kann. Marx charakterisiert die Republik unter den Bedingungen des voll entfalteten Kapitalverhältnisses als „politische Umwälzungsform“, nicht „konservative Lebensform“ der bürgerlichen Gesellschaft. (Marx 1982, S. 122) Verluste und Gewinne müssen also ihr Kriterium an der „Umwälzungsfähigkeit“, an der Einheit von Dynamik und Stabilität finden. Es geht um das WIE von Entscheidungen und das WAS in gleicher Weise.

Bei Demokratie geht es also um Interessen, nicht um ewige Wahrheiten, ewige Werte, ausschließlich ökonomische Erwägungen oder rein prozessuale Fragen. Die Bewertung von Demokratiegewinnen und -verlusten muss dementsprechend, abhängig von der Interessenlage, unterschiedlich ausfallen.

Folgen wir diesem Ansatz, Demokratie als einen Raum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen anzusehen, so sind drei Punkte näher zu untersuchen.

Erstens, inwieweit ist das als demokratisch definierte System in der Lage, die Vielfalt ökonomischer Beziehungen direkt oder indirekt zu regulieren? Demokratie ist eine spezifische Form, in der den Widersprüchen zwischen den gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Interessengruppen Raum gegeben wird. Die ökonomischen Beziehungen sind heute durch Globalisierung bzw. eine hochgradige Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung bestimmt. Das bedeutet, dass Akteure selbst nur noch als globale Akteure zu verstehen sind – und erst das macht es sinnvoll, von einer eigenständigen Frage einer Demokratie oder eines Demokratiedefizits in der EU zu sprechen. Es geht nicht um eine Krise der Globalisierung, sondern um eine globale Krise. Dies ist vor allem wichtig, wenn wir die Reaktionen auf die wirtschaftlichen Krisen als Bezugspunkt der Diskussion zur EU wählen – aber nicht nur. Dies führt zu einem Widerspruch, der alle Debatten bestimmt: die Globalität von Machtbeziehungen auf der einen Seite und ihre nationalstaatliche Regulierung auf der anderen. Das öffentliche Bewusstsein meint in weiten Teilen, diesen Widerspruch aufzulösen, indem mehr nationale Souveränität zurückgefordert wird. Dabei geht verloren, dass der Wechsel der Ebene nicht unbedingt mehr demokratische Spielräume bedeuten muss. Das WIE der Entscheidungsfindung wird nicht thematisiert – und das ist auf der nationalen Ebene nicht weniger undurchsichtig als auf der Ebene der EU. Für die Ebene der EU haben Pernice et al. die Situation bezüglich des Fiskalpaktes völlig korrekt beschrieben: „Die Regierungen der 25 Mitgliedstaaten haben bei der Gestaltung des Fiskalvertrages diese Beteiligung (gemeint ist die der Parlamente und des EP – L.B.) zu großen Teilen verhindert; sie haben damit selbst diejenigen Mittel, von denen sie eine Lösung der Krise erwarten (gemeint ist offensichtlich eine breitestmögliche Legitimation – LB), nicht auf die Schaffung des Reformwerks angewendet.“ (Pernice et al. 2012, 29) Für die AutorInnen der Studie als VerfassungsrechtlerInnen steht naturgemäß die Legitimation bzw. Legitimität von Entscheidungen im Mittelpunkt des Interesses. Darin erschöpft sich aber nicht der Gehalt von Demokratie. Verfassungsrechtliche Legitimität eines Verfahrens und sein demokra-

tischer Gehalt sind nicht notwendig adäquat. Gerade mit Bezug auf Regelungen wie die des Fiskalpaktes, die in ihrer Wirkungstiefe de facto alle gesellschaftlichen Bereiche berühren, mithin auch eine prinzipielle Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach sich ziehen, ist der Regelungsgehalt, der Gegenstand genauso wichtig. Der Diskurs schafft nämlich nicht den Zusammenhang zwischen den Akteuren, wie die AutorInnen dieser Studie (im Anschluss an Habermas) meinen – er gibt diesem Zusammenhang eine bestimmte Form, macht ihn bestenfalls auf bestimmte Weise bewusst. (ebenda S.18)

Jenseits dessen hat sich aber in den vergangenen Jahrzehnten ein dichtes Netz von Formen EU-weiter entscheidungsvorbereitender Prozesse und Verfahren entwickelt, die formal gesehen, verschiedenste Akteure in breiter Weise einbeziehen, trotzdem aber nur bedingt demokratisch genannt werden können. In der Offenen Methode der Koordinierung und in „Peer reviews“ werden z.B. unter Beteiligung von Teilen der „Zivilgesellschaft“ auf sozialpolitischem Gebiet Entscheidungen vorbereitet. Die Konsultationsverfahren auf verschiedenen anderen Feldern sind ähnlich zu bewerten. Möglichkeit und Wirklichkeit der Demokratie stehen hier in einem deutlichen Spannungsverhältnis.

Demokratieverlust in der EU bedeutet weniger den offensichtlichen Verlust von vorher bestehenden Rechten, sondern in erster Linie die Inkongruenz zwischen neu geschaffenen Instrumenten der Integration und den ungleichgewichtig hohen Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungsprozesse durch Akteure eines engen Kreises (vor allem aus der Exekutive und aus Lobby-Verbänden als Teil einer neuen Oligarchie¹) selbst.

In der Krise sind zudem die fehlenden Einflussmöglichkeiten und die Dominanz der Exekutive deutlich geworden. Parallel verläuft ein Prozess der „Segmentierung“, letztlich Aushöhlung von Grundrechten.

Die EU ist bis heute ein Staatenverbund, kein Staat. Dieser Sachverhalt sollte nicht unterschätzt werden, weil er die realen Möglichkeiten einer EU-Demokratie neben den politischen Systemen der Mitgliedstaaten bestimmt. Die Übertragung staatlicher Funktionen oder staatlicher Entscheidungen auf die EU-Ebene ist untrennbar mit der Umsetzung in innerstaatliches Recht und in innerstaatliche Verfahren verbunden. Die Entstehung von Entscheidungen in der EU wiederum ist auch vorrangig durch die Nationalstaaten bestimmt. Gleichzeitig hat sich unterhalb der staatlichen Ebene ein Netz von Beziehungen und entscheidungsvorbereitenden Strukturen aufgebaut, die tatsächlich in nationalstaatlich-kooperierender Hülle eine neue Staatlichkeit hervorbringen könnten. Das Demokratie-Problem der EU ist also ein doppeltes – die Legitimierung des Handelns der Nationalstaaten gegenüber und in der EU und die Entstehung von Entscheidungsprozessen, die ihre Legitimität zwar aus der Übereinkunft der Staaten ableiten, aber außerhalb der demokratischen Institutionen ablaufen.

Substanziell werden politische Aussagen derzeit nur, wenn es um repressive Wege der Krisenlösung geht. Das zeigt sich in den Beschlüssen vom Mai 2011 zu einer „EU-Wirtschaftsregierung“. (aktuelle Übersicht unter Kommission 2013) Eine Ursache der Krise

1 Judith Dellheim beschreibt die Entwicklung und Spezifik dieser Schicht mit dem Begriff der „Kapitaloligarchie“ in Abgrenzung zum bekannten Begriff der Finanzoligarchie (Brangsch et al. 2012, 69ff.)

sei, dass der Überwachungsmechanismus nicht streng genug gewesen sei. Nun sollen Überwachung und informeller Druck („peer pressure“) also dafür sorgen, dass die Probleme gelöst werden. Dazu sollen in den einzelnen Ländern Ziele der Haushaltskonsolidierung formuliert werden. Auch wenn viel von „tragfähigen öffentlichen Finanzen“ die Rede ist – der Bezugspunkt bleibt immer die Absenkung öffentlicher Leistungen und die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Auch hier ist natürlich für Demokratie kein Platz. In einem demokratischen Prozess würde mit einiger Sicherheit nämlich auch die brüchige Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte thematisiert werden.

Betrachtet man Zusammensetzung und Praxis dieser Haushaltsüberwachung, so stützen sie sich ausschließlich auf exekutive Zusammenhänge mit engen Verbindungen zur Wirtschaft. Die „Troika“, die in Griechenland bereits „peer pressure“ ausübt, besteht aus Vertretern von EU-Kommission, IWF und EZB – sämtlich Organisationen, die schwerlich als demokratisch legitimiert zu bezeichnen sind. Der so beschrittene Weg der Eskalation führt an die Grenzen bürgerlicher Demokratie.

Dabei ist es zu einer Synchronisierung der Politiken der Mitgliedstaaten gekommen. Die Beschlüsse zum Fiskalpakt sind ausdrücklich gemeinsame Beschlüsse, bei denen die Differenzen eher in Details liegen. Der Faktor der Konkurrenz untereinander hat aus der Sicht der demokratischen Spielräume damit an Gewicht verloren, die Notwendigkeit für die nationalen Eliten, einen Konsens mit den Massen auszuhandeln, ist teilweise hinfällig geworden. Positiv ausgedrückt: Die Öffentlichkeit soll zwar an der Krisenbekämpfung beteiligt werden, den Weg soll sie aber nicht bestimmen. Aber: Der Zwang zum Konsens wird über die EU vermittelt. Diese Übertragung mag durchaus nichtintendierte Konsequenzen haben, die allerdings bisher nicht sichtbar werden. Verbunden ist das mit der Entwicklung neuer Repressionsinstrumente – von den wirtschafts- und haushaltspolitischen Beschlüssen (zuletzt Parlament 2013) bis hin zu sicherheitspolitischen Programmen wie INDECT und Aeroceptor. (vgl. AEROCEPTOR 2013, INDECT 2012) So stehen wir vor einem doppelten Problem. Adressat von Forderungen sind natürlich die Nationalstaaten. Wie aber adressiert man Forderungen an die „Beutegemeinschaft des Lissabon-Prozesses“? Das „Modell Deutschland“ erscheint dabei als die Inkarnation der „Beutegemeinschaft“ und verdeckt deren globalen Charakter. Der Schlüssel zur Lösung des Krisenbündels liegt in einer Strategie der Linken, die genauso wie ihre KontrahentInnen global orientiert ist.

Veränderung der Bedingungen und Veränderung der Akteure

Zweitens ist zu bestimmen, inwieweit die gegebene Demokratie die Handlungsspielräume einer sozialen und politischen Kraft verändert. Das schließt ein, sich auch des Schutzes, den das demokratische System der gesellschaftlichen Opposition bietet, bewusst zu sein. Vor diesem Hintergrund ist eine Bilanz der Demokratie in der EU widersprüchlich. Auf der einen Seite hat die EU die Möglichkeiten politischen Handelns tatsächlich erweitert. Rechte von Frauen,

Menschen mit Behinderungen usw. wurden auch unter Vermittlung der EU in einem Maße gestärkt, wie dies in Deutschland unter anderen Bedingungen wohl nicht erreicht worden wäre.

Oben wurde schon ausgeführt, dass die konkrete Gestalt der Demokratie immer auch von der Situation der Akteure der Machtkämpfe in der Gesellschaft bestimmt wird. Wie veränderten sich die Handlungsspielräume der Akteure des Machtverhältnisses, das wir als Demokratie bezeichnen? Letztlich sind die Faktoren, die die Krise auslösten, die gleichen, die die Spielräume der Seiten des Verhältnisses Demokratie veränderten. Generell wird dieser Prozess als Deregulierung bezeichnet – tatsächlich ging es aber seit den siebziger Jahren immer um Neuregulierung. Der Ausbruch der Krise wurde vor allem durch folgende politisch-ökonomische Faktoren begünstigt:

- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums
- Deregulierung der Finanzmärkte
- Privatisierung öffentlicher Leistungen und sozialer Sicherungssysteme einschl. der entsprechenden Reformen des Öffentlichen Dienstes
- Deregulierung der Arbeitsverhältnisse
- Privatisierung und Oligarchisierung von politischen Entscheidungsprozessen.

Das waren in der Resultante tiefe Eingriffe in die Reproduktionsweise der Arbeitskraft, verbunden mit einer Neubestimmung der Kräfteverhältnisse zwischen den Kapitalfraktionen bzw. der Neukonfigurierung der Kapitalfraktion selbst.

Die Veränderung der Akteure der Demokratie lässt sich sehr grob folgendermaßen skizzieren:

- Bedeutungsverlust der Gewerkschaften²
- Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung
- Durchsetzung „privatwirtschaftlicher“ Normen im Staatsapparat und im öffentlichen Sektor
- Unmittelbare Einbeziehung immer weiterer Teile der Gesellschaft in die Bewegung fiktiven Kapitals durch die Notwendigkeit der Ausweitung privater Absicherung (Alterssicherung, Gesundheit, Berufsunfähigkeit...) durch den Abbau der öffentlichen Leistungen
- Neue Verflechtung der verschiedenen Kapitalfraktionen bei Dominanz der Verwertung eines immer differenzierteren fiktiven Kapitals (insbesondere Derivate als von anderen Formen, etwa Aktien, abgeleiteten)
- Neuer Lobbyismus durch Verlagerung exekutiver Funktionen (etwa der Ausarbeitung von Gesetzen) in die „Privatwirtschaft“
- Prekarisierung und Produktion des Prekariats selbst als soziale Schicht (in Deutschland durch Hartz IV)
- Anonymisierung der Macht als Finanzialisierungsfolge.

Diese Prozesse liefen bereits VOR der gegenwärtigen Krise ab und sind in der Krise intensiviert worden. Mit dem Ausbruch der Krise ist ein zusätzliches Moment hinzugekommen, die fiskalpolitische Regulierung. Die Entscheidungen werden auf die Regierungsebene zurückgeholt, um sie zu dann über die EU zu anonymisieren. Das eröffnet neue Möglichkeiten der Installation ausschließlich exekutivbestimmter Entscheidungsprozesse und des Umgehens der Öffentlichkeit. Dabei spielen natürlich neue Instituti-

2 Zu den aktuellen Entwicklungen vgl. die aktuelle Ausgabe 1/2013 der Zeitschrift Luxemburg „Gewerkschaften: Außer Konkurrenz“ (<http://www.zeitschrift-luxemburg.de>), insbesondere das Editorial von Heinz Bierbaum (Bierbaum 2013) bzw. <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2717>

► onen wie SoFFin (bzw. Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung FMSA) in Deutschland, die Troika als Scharnier zwischen Politik und Finanzsektor (EU-Kommission, EZB und IWF) für die EU-RO-Zone und die Europäische Zentralbank EZB (dazu ausführlicher: Sablowski and Schneider 2013) selbst eine zentrale und sichtbare Rolle. Der erwähnte Beschluss des Europäischen Parlaments weist darüber hinaus die „einschlägigen Europäischen Aufsichtsbehörden“ (in der Sprache der Verordnung ESA), den European Systemic Risk Board (ESRB), die Arbeitsgruppe „Euro-Gruppe“, den IWF und den Wirtschafts- und Finanzausschuss des EP als Beteiligte von Stabilisierungsmaßnahmen aus. Im Artikel 6a sind auch die Sozialpartner als Beteiligte erfasst: „Bei der Vorbereitung des Entwurfs für ein makroökonomisches Anpassungsprogramm holt der betreffende Mitgliedstaat die Ansichten der Sozialpartner sowie der einschlägigen zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, um so einen Konsens über den Programminhalt zu befördern.“ (Parlament 2013 Artikel 6a) Dies ist eine außerordentlich schwache Form der Beteiligung, weil sie, abgesehen von der schmalen Basis, die wesentliche Frage der Kriterien der Entscheidungsfindung ausspart. Jenseits einer schwer fassbaren „Stabilität der Märkte“ ist lediglich an einer Stelle in dem erwähnten Dokument festgehalten, dass Anforderungen anderer Politikbereiche Berücksichtigung finden sollten: „Bei den im makroökonomischen Anpassungsplan aufgeführten Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung wird berücksichtigt, dass hinreichende Mittel für grundlegende Politikbereiche, wie Bildung und Gesundheit, bereitgestellt werden müssen.“ (Parlament 2013 Artikel 6(5)) Weitgehend unsichtbar bleiben Agenturen und Verfahren, die bei der Umsetzung der Auflagen bzw. Vereinbarungen zur Haushaltskonsolidierung, etwa bei der Privatisierung öffentlichen Eigentums oder beim Umbau der Sozialsysteme eine Rolle spielen. Diese oft formal beratende Tätigkeit lenkt natürlich Entscheidungsprozesse in bestimmte Richtungen.

Was tun?

Drittens steht die Frage für eine politische Kraft, wie sie in der Lage ist, die Spielräume, die ihr in dem durch das demokratische System geschaffenen Bedingungsgefüge an Regeln, Sanktionen usw. geboten sind, zu nutzen, sich zu organisieren und so die eigenen Interessen durchzusetzen. Elementar und zentral ist die Verteidigung demokratischer Rechte. Entdemokratisierung bedeutet vor allem auch den Verlust eines Raumes politischer Auseinandersetzung, in dem tatsächlich Massen mobilisierbar und Möglichkeiten der Selbstorganisation zu finden sind und in dem sie lernen können, Umbrüche zu gestalten. Politische Handlungsfelder bestimmen sich nach Luxemburg immer aus der Kombination von Verbesserung der Lebenslage, von Gewinn von Handlungsfähigkeit und Erweiterung von Lernmöglichkeiten. (Brangsch 2011)

Die EU ist aber auch nicht einfach ein „Projekt von oben“. Die EU, so wie sie ist, auch das Ergebnis von Kämpfen, an denen alle politischen und sozialen Kräfte gleichermaßen, wenn auch mit unterschiedlichen Erfolgen, beteiligt waren. Ob gewollt oder nicht, auch die Linken haben mit ihrem Handeln oder Nicht-Handeln diese Demokratie mitgeprägt. Die Kritik der EU bzw. der Demokratie in der EU muss so

auch Selbstkritik sein. Die Tragik der Arbeiterbewegung und ihrer NachfolgerInnen ist, dass sie zwar als globale und durch die Praxis internationaler Solidarität geprägte Bewegung beginnt, dieses Element aber in ihrer Geschichte an Gewicht verliert. Der Kampf für den Achtstundentag im 19. und frühen 20. Jahrhundert war ein internationaler Kampf, der national, ohne ein „Hauptquartier“, ausgefochten wurde. Die Ansätze internationaler Organisation, wie sie sich in den Sozialforen, in den früheren Erwerbslosenmärschen, in internationalen Aktionstagen usw. zeigen, sind entscheidend auch für die Nutzung von Ansätzen, die die EU für demokratische Einflussnahme bietet. (z.B. gerade erschienen: Rein 2012) Das Erfordernis der Legitimierung von Entscheidungen in der EU erzwingt immer wieder die Öffnung von Entscheidungsprozessen, so gering diese Lücken auch seien. In den Bereichen der Regional- und Sozialpolitik sind diese Zugänge am weitesten ausgebaut, kaum auf dem Feld, das den gegenwärtigen Kern der Politik bildet. Soweit die Bewegungen stark genug sind, setzt aber die Konsolidierung der Staatshaushalte selbst im Geiste der „Beutegemeinschaft von Lissabon“ auf nationaler Ebene Kompromisse voraus. Da bestehende demokratische Verfahren in anderen Bereichen aber durch die haushaltspolitischen Restriktionen ins Leere laufen, eröffnet das ggf. auch neue Bündnismöglichkeiten und eine breitere Basis für alternative politische Aktionen.

Die bloße Verkoppelung der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird bereits oft als „demokratischer Ausweg“ aus der Krise gesehen. Die Sozialpolitik als Schlüssel zur Handlungsfähigkeit der abhängig Beschäftigten bleibt oft ausgeschlossen. Ihre Regulierung soll weiter im Halbdunkel verschiedener supra-staatlicher, aber faktisch nichtöffentlicher Verfahren (OMK) oder der nationalstaatlichen Ebene vorbehalten bleiben. (vgl. z.B. Pernice et al. 2012, 14) Insofern ist die Vorstellung einer „demokratisch fundierten Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas“, wie sie von Pernice u.a. in einer Studie für MdEP Sylvie Goulard vertreten wird, von vorn herein absurd, da sie eben keine Erweiterung von Handlungsfähigkeit für die übergroße Mehrheit der Gesellschaft bringt. (Pernice et al. 2012, 17ff.) Notwendig und möglich ist eine Kombination von Forderungen verschiedener Ebenen und Politikbereiche. Da der Fiskalpakt wie auch die zur Stabilisierung des EURO-Raumes geschaffenen Institutionen in den Kernbereich der (nationalen) Staatlichkeit – das Budgetrecht – eingreifen, ohne dass die EU (oder die EURO-Zone) ein Staat wäre (also weder Anlass noch Möglichkeit hat, die üblichen Staatsaufgaben in ihrer Breite wahrzunehmen) und ohne dass die Einbindung in das demokratische System (Exekutive-Legislative-Judikative) gegeben wäre, kann eine Alternative nur wirken, wenn sie genau diese Breite thematisiert und zum Gegenstand EU-weiter Aktionen macht.

Es sind *sechs Felder*, die für die Auseinandersetzung möglicherweise zentral erscheinen und die nicht nur auf der EU-Ebene, sondern auch auf nationaler und lokaler Ebene ausgefochten werden können:

- die Haushaltspolitik selbst durch Ringen um ihre Demokratisierung,
- der Kampf gegen die weitere Oligarchisierung von politischen Entscheidungsprozessen und für die Ausweitung bestehender und die Entwicklung neuer Beteiligungsverfahren,
- der Widerstand gegen weitere Privatisierungen öf-

Quellenverzeichnis

- AEROCEPTOR. *UAV BASED INNOVATIVE MEANS FOR LAND AND SEA NON-COOPERATIVE VEHICLES STOP* 2013 [cited 13.05.2013. Available from <http://www.aeroceptor.eu/>.
- Bierbaum, Heinz. 2013. „Eingebunden. Jenseits des Krisenkorporatismus.“ *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* (1/2013).
- Brangsch, Lutz. 2011. „Das Politikverständnis von Rosa Luxemburg: Soziales Lernen und politische Macht.“ In *Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung: Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg*, edited by Michael Brie and Frigga Haug. Baden-Baden: Nomos.
- Brangsch, Lutz, Judith Dellheim, Joachim H. Spangenberg, and Frieder Otto Wolf. 2012. *Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation*. Vol. 99, *RLS Manuskripte*. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Daiber, Birgit, Cornelia Hildebrandt, and Anna Striethorst. 2012. *From Revolution to Coalition – Radical Left Parties in Europe*. Edited by Rosa-Luxemburg-Stiftung. Vol. 2, *Manuskripte – Neue Reihe*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- INDECT. *INDECT. For the Security of Citizens* 2012 [cited 28.06.2012. Available from <http://www.indect-project.eu/>]
- Kommission, Europäische. *Wirtschaftspolitische Steuerung – Europäische Kommission* 2013 [cited 13.05.2013. Available from http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/priorities/economic-governance/index_de.htm]
- Louçã, Francisco. 2012. „Die Krise Europas: Elemente einer politischen Strategie.“ *transform. Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog* (10/2012): S. 22-33.
- Marx, Karl. 1982. *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. Edited by Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Vol. 8, *Karl Marx Friedrich Engels Werke*. Berlin: Dietz Verlag Berlin.
- Parlament, Europäisches. 2013. Wirtschafts- und haushaltspolitische Überwachung von Mitgliedstaaten mit gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität im Euro-Währungsgebiet <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0069+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>
- Pernice, Ingolf, Matthias Wendel, Lars S. Otto, Kristin Bettge, Martin Mlynarski, and Michael Schwarz. 2012. *Die Krise demokratisch überwinden. Reformansätze für eine demokratisch fundierte Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas*. Edited by Ingolf Pernice, *Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Rein, Harald. 2012. *Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest 1982 – 2012. Dokumentation, Analyse und Perspektive* AG Spak.
- Sablowski, Thomas, and Etienne Schneider. 2013. *Verarmung made in Frankfurt/M. Die Europäische Zentralbank in der Krise*. Edited by Rosa-Luxemburg-Stiftung. Vol. 6/2013, *Standpunkt*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

fentlicher Leistungen und die Entwicklung eigener Formen der Stärkung des Öffentlichen im öffentlichen Sektor,

- der Kampf um die Durchsetzung der Armutsfestigkeit sozialer Sicherungssysteme und vor allem Widerstand gegen die weitere Privatisierung der Alterssicherung bei Stärkung ihres öffentlichen (in Deutschland selbstverwalteten) Charakters,
- der Kampf um Reallohnsteigerungen,
- die Konversion der Wirtschaft in der EU im Sinne eines sozialökologischen Umbaus und einer aktiven Beschäftigungspolitik.

Auf diesen Gebieten bestehen alternative Praktiken und werden Kämpfe geführt, in denen es viele Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Ländern gibt. Trotzdem werden sie meist unverbunden geführt. Gleichzeitig sind dies Gebiete, auf denen

a) zwischen den EU-Mitgliedern (wie auch in den

einzelnen Mitgliedsländern) durchaus konzeptionelle Differenzen bestehen und auf denen

b) die EU versucht, Konsensprozesse zu initiieren, also Entscheidungsprozesse partiell zu öffnen. So sind sie dem Massenprotest wie auch der täglichen Kleinarbeit außerhalb und in den Parlamenten gleichermaßen zugänglich.

Die Konsequenzen für die Organisationen der Linken selbst bilden einen weiteren, hier nicht zu entwickelnden Komplex von Fragen – die innere Demokratisierung.³ Hier steht vor allem die Frage, inwieweit die linken Bewegungen in sich selbst in der Lage sind, eine eigene globale solidarische Kultur zu entwickeln, die den Massen zugänglich ist, die globale Solidarität erlebbar macht.

Mai 2013

3 Einen fundierten Überblick über die Strategien verschiedener linker Parteien in Europa bieten Daiber et al. (Daiber, Hildebrandt, and Striethorst 2012). Aspekte aus der Erfahrung der Bewegungen in Spanien entwickelt Chema Ruíz im Gespräch mit Lara Hernández in Luxemburg 1/2013 (<http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2687>)

Together we stand! Warum Euro-Austrittsdebatten in der Sache falsch und gefährlich sind

Referent: Thomas Händel

Thomas Händel ist Abgeordneter des Europäischen Parlaments (EP) für DIE LINKE

Angesichts der nicht überwundenen Krise und der verheerenden Folgen der Austeritätspolitik hat in der Linken hat eine intensive Debatte über den Euro angehoben. Euro-Exit ja oder nein – das scheint für Einige fast „religiöse“ Züge anzunehmen. Während sich dabei die Analysen zu den Ursachen für die aktuelle Krise weitgehend ähneln, differieren die Schlussfolgerungen stark. Besonders die Beurteilung der ökonomischen Folgen für die Mitgliedstaaten, deren Wirtschaft und insbesondere die Menschen bleibt in vielen Positionierungen weitgehend an der Oberfläche.

Offensichtlich ist, dass die Kluft der stark auseinander driftenden Leistungs- und Handelsbilanzen geschlossen werden muss. Dazu müssten die Löhne in Deutschland ab sofort jedes Jahr um 4,5 % erhöht werden, um bis 2022 einen Ausgleich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Das erwartet niemand angesichts der Kampfkraft der Gewerkschaften unter Krisenbedingungen und der gesunkenen Reichweite gewerkschaftlicher Tarifpolitik. Darüber hinaus ist Lohnpolitik bei weitem nicht allein Angelegenheit der Tarifpolitik, denn dazu gehören sowohl die Mindestlohnpolitik als auch die Steuerpolitik, will man Kaufkraft flächendeckend steigern.

Während Eurobonds oder Rettungsschirme ebenso wie eine konsequente Intervention der EZB als auch mittelfristig sinnvolle Maßnahmen debattiert werden, bleiben alternative Konzepte undiskutiert. Dazu gehört das Konzept einer Ausgleichsunion (Troost/Paus) und erste Ansätze eines integrierten Konzepts demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung für Europa, das bestehende Elemente von Industrie- und Dienstleistungspolitik, von Struktur- und Kohäsionspolitik einschließt (Händel/Puskarev).

Der vom DGB in die Diskussion gebrachte „Marshallplan für Europa“, mit dem auch die Reichen zur Finanzierung des Schuldenabbaus und der Zukunftsinvestitionen in die Gesellschaft herangezogen würden, ist ein erstes Modell, das in diese Richtung weist.

Zweifellos:

Ohne fundamentale Änderungen besteht die Gefahr, dass der Euro zerbricht

Manche sehen die Durchsetzungschancen eine alternativen Europapolitik insbesondere wegen fehlender Mehrheiten als unmöglich an und plädieren für einen „geregelten“ Ausstieg einzelner Mitgliedstaaten und Schaffung eines neuen „Europäischen Währungssystems“. Woher die dazu nötigen Mehrheiten kommen sollen, bleibt aber meist unbeantwortet, unberücksichtigt die massiven und divergierenden Kapitalinteressen. Welche politischen und wirtschaftlichen Folgen das zeitigen würde, ebenso.

Sofern ein Austritt geregelt erfolge – in Griechenland z. B. mit einem geregelten Schuldenschnitt von 60 % und langfristig zugesicherten Finanzhilfen sowie einer Abwertung der Währung von bis zu 50 % – halten Einige dies für verkraftbar. Sie gehen davon aus, dass sich für Griechenland damit eine Chance ergebe, der Austeritätsfalle zu entkommen. Das verdient eine nähere Betrachtung.

Mit welchen Konsequenzen wäre zu rechnen, wenn in Folge eines Austritts massive Auf- und Abwertungen kämen?

Selbst die linken Protagonisten Flassbeck und Lapavistas rechnen bei einem Austritt Griechenlands aus dem Euro – auch in einem neuen EWS und mit Kapitalverkehrskontrollen – mit einer notwendigen Abwertung von bis zu 50 %. Importe würden schlagartig doppelt so teuer werden. Das beträfe sowohl Konsumgüter als auch für Infrastruktur und Produktion dringend benötigte Güter wie effizientere Maschinen und industrielle Vorprodukte, Rohstoffe und Energie. Das würde die Produktionskosten für eine ohnehin schon erheblich zurückgeworfene Volkswirtschaft deutlich erhöhen und wohl kaum zu einer besseren Wettbewerbslage führen.

Für die Menschen wäre der Preisanstieg bei unmittelbar lebenswichtigen Gütern wie Medikamenten und Nahrungsmitteln eine weitere Katastrophe. Zwar ist die Agrarwirtschaft ein bedeutender Sektor in Griechenland. Von besseren Exportbedingungen für Griechenland kann aber wohl als Entwicklungsperspektive in diesem Sektor nicht gesprochen werden. Das Land musste bereits vor der Krise Nahrungsmittel netto importieren, um die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen. Nach den Jahren der Austeritätspolitik und der Deindustrialisierung ist also weder ein Exportboom zu erwarten noch würde eine Abwertung die Probleme des Landes auch nur annähernd lösen. Nur der Tourismus und ein boomender Bausektor reichen für einen zügigen Wirtschaftsaufschwung nach Abwertung wohl kaum aus.

Selbst ein angenommener Schuldenschnitt von 60 % (wie in den unten zitierten Szenarien von Prognos angenommen) bringt bei einer Abwertung der neuen Währung um 50 % keine wirkliche Entlastung. Der in dieser neuen Währung ausgedrückte Staatsschuldenstand würde steigen, da die Altschulden Griechenlands in Euro notiert sind. Der Effekt bliebe deshalb relativ schwach, die Auswirkungen auf die sog. Finanzmärkte wären dagegen sehr hoch. Griechenland müsste wegen des mit Sicherheit eintretenden Misstrauens erhebliche Risikoaufschläge auf seine Staatsanleihen hinnehmen. In Summe hätte Griechenland bei Rückkehr zur Drachme 164 Milliarden Euro Wachstumsverluste bis 2020 zu verzeichnen. Klingt nicht wie ein Erfolgsmodell.

Die Folgen blieben nicht auf Griechenland beschränkt

Mit dem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion wächst die Gefahr eines Dominoeffekts. Wenn die sog. Finanzmärkte sich dann spekulativ über Italien, Spanien und Portugal und Italien hermachen, könnte das auch diese Länder in den Abgrund ziehen. Selbst die Europäische Zentralbank wäre als „Lender of last resort“ kaum noch in der Lage, mit dem Aufkauf von Staatsanleihen und über unbegrenzte Liquiditätshilfen für Banken einen chaotischen Zerfall der Währungsunion zu verhindern.

Die wohl umfassendste Untersuchung dazu liefert das renommierte Schweizer Prognos-Institut. Dieses

Szenario würde in den 42 wichtigsten Volkswirtschaften der Welt Wachstumseinbußen in Höhe von rund 17,2 Billionen Euro verursachen. Deutschland allein müsste nur bei einem Austritt Griechenlands bis 2020 etwa 73 Milliarden Euro an Verlusten verkraften. Bei dem Szenario eines Dominoeffektes, also dem folgenden Zusammenbruch und Austritt von Italien, Spanien und Portugal, würde sich das auf 1707 Mrd. erhöhen.

Was würde ein Austritt aus dem Euro für die deutsche Wirtschaft bedeuten?

Mit der Wiedereinführung der D-Mark oder der Einführung einer Kernwährung der wirtschaftlich starken Kernstaaten Europas wäre eine extreme Aufwertung verbunden. Experten rechnen mit einer Aufwertung von 30 – 50 %. Das würde die vom Export abhängigen Arbeitsplätze schockartig gefährden. Der Exportanteil am BIP der Bundesrepublik beträgt rund 50 %. In kürzester Zeit würden exportabhängige Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern, da sie zu dieser aufgewerteten Währung im Inland nicht mehr fakturieren könnten. Ein Einbruch der Industrieproduktion von 40 % wäre zu verkraften – ca. 6 Mio Arbeitsplätze wären gefährdet. Jeder, der nun erfreut darauf setzt, dass der deutsche Exportanteil auf Dauer sowieso zurückgehen müsse, sei ein Blick nach Zypern empfohlen: Das „Geschäftsmodell“ eines Landes lässt sich nicht von heute auf morgen einfach austauschen – nicht in Zypern, erst recht nicht in Deutschland. Goldman Sachs berechnet die Kosten des Auseinanderbrechens der

Währungsunion für die Bundesrepublik auf etwa 800 Milliarden Euro. Welche sozialen und politischen Folgen das hätte, lässt sich nicht einmal ungefähr abschätzen.

Die pure Rückkehr zu nationalen Währungen öffnet darüber hinaus wieder Tür und Tor für Devisenspekulationen. Gegen die Übermacht vagabundierender Finanzkapitals – 98% der täglich (!) 4000 Mrd. gehandelten Kapitals auf den Finanzmärkten dienen nicht der realen Wirtschaft, sondern purer Spekulation – haben kleine Währungen kaum eine Chance.

Auch die Annahme, der pure Austausch der Währungen in Europa würde die Probleme lösen, ist eher schlicht. Angesichts der Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Mecklenburg-Vorpommern und Bayern müsste man zu dem Ergebnis kommen, in Mecklenburg-Vorpommern die Ostmark wieder einzuführen. Der Gedanke ist ebenso absurd wie überflüssig. Auf der nationalstaatlichen Ebene verfügen wir nämlich über genau das, was der europäischen (Währungs-)Ebene so stark fehlt: eine gemeinsame – demokratisch kontrollierte – Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik.

Wesentlich sinnvoller wäre es, tatsächlich in einer europäischen Transferunion Krisenländer mit den benötigten finanziellen Mitteln für einen wirtschaftlichen Neustart zu versorgen – selbstverständlich demokratisch kontrolliert und konditioniert auf die Schaffung von Arbeit für die Menschen – guter Arbeit, von der man eigenständig und armutsfrei leben kann. Das nutzt auch der Wirtschaft.

Und dann klappt auch mit den Nachbarn! □

Die Position Deutschlands in der Krise Referent: Axel Troost

Axel Troost ist finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Eurokrise: Am Bohren dicker Bretter kommen wir nicht vorbei

Es ist gut, dass die Linke über den Euro diskutiert. Der Aufhänger war weniger gut: „Die AfD hat in vielen Punkten recht“ (Sahra Wagenknecht auf n-tv) und eine daran angeknüpfte Euro-Ausstiegsdebatte („Wir brauchen wieder ein europäisches Währungssystem“, Oskar Lafontaine auf seiner Webseite). Sahra Wagenknecht wurde in der Tat unglücklich zitiert und hat sich inzwischen deutlich von der „Alternative für Deutschland“ distanziert. Auch Oskar Lafontaine wurde verkürzt wiedergegeben (was nicht ganz so unbeabsichtigt gewesen sein dürfte). Sein Argument, um jetzt die Reißleine ziehen zu müssen: Ohne Lohnkoordinierung ist ein dauerhafter Bestand des Euros nicht vorstellbar. Damit hat er grundsätzlich recht. Nun ist aber nicht überzeugend, warum DIE LINKE, nur weil sie kein System der Lohnkoordinierung durchsetzen kann, als Notlösung nun ein neues Wechselkursregime fordern soll, das sie ebenfalls nicht durchsetzen kann.¹ Entsprechend hielt sich die Begeisterung in der Partei in Grenzen.

Der Euro ist trotz seiner Konstruktionsfehler historische Realität. Er ist letztendlich das Ergebnis eines

langen Integrationsprozesses, dem die jahrhundertelange Erfahrung von Kriegen zwischen Nationalstaaten zugrunde lag. Dummerweise hat sich jedoch kein „politischer Euro“, sondern der „unpolitische Euro“ der neoliberalen Monetaristen durchgesetzt: „Eine Währungsunion mit allen Freiheiten des Kapitalverkehrs, doch ohne die zum Funktionieren erforderliche gesellschaftliche Legitimierung und die politische Regulierung“, so Elmar Altvater.²

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe kritischer ÖkonomInnen, der ich seit langem angehöre) wollte immer den politischen Euro. Auch die PDS hat seinerzeit mit der Parole „Euro – so nicht!“ gegen den unpolitischen Euro gestimmt. Er lässt sich – nach nunmehr fünfzehn Jahren – aber eben nicht mehr naiv rückabwickeln. Deshalb müssen die Euro-Zone und die EU zu einem wirklichen Integrationsprojekt weiterentwickelt werden. Die damals treffende Parole „Euro – so nicht!“ deutet aber nunmehr eine Ausschluss-, Austritts- oder Nord-Süd-Euro-Perspektive an. Genau dies wollen wir nicht. Sie kann auch keine Gegenpa-

- 1 Richtig überzeugt scheint Oskar Lafontaine selbst nicht von seinem Vorschlag gewesen zu sein. Laut Interview mit der Saarbrücker Zeitung sollen die nationalen Währungen parallel zum Euro eingeführt werden.
- 2 Elmar Altvater, Der politische Euro, Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2013 <http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/mai/der-politische-euro>

- role zu einem „bedingungslosen Ja zum Euro“ sein – denn dies hat sowieso niemand gefordert.

Das „Ja zum Euro“ hat gute Gründe: Der Übergang zu nationalen Währungen dürfte katastrophal verlaufen – Kapitalverkehrskontrollen hin oder her: Die Währung der Krisenstaaten würde drastisch abwerten, was mit einem Schock für die dortige Wirtschaft verbunden wäre. Dies ist aus früheren Währungskrisen leidlich bekannt. Für Deutschland wäre die drastische Aufwertung der eigenen Währung ebenfalls fatal. Die Schuldner in den Krisenstaaten könnten ferner ihre in Fremdwährung nominierten Auslandsschulden nicht mehr bedienen, wodurch die Krise weitere Kreise ziehen würde. Die Krisenstaaten könnten zwar mithilfe der abgewerteten Währung wieder besser exportieren, aber zugleich lebenswichtige Importe (z.B. für Erdöl, Medikamente) kaum noch bezahlen.

Wäre die Anpassungsphase schließlich überwunden, wäre immer noch kein besonders erstrebenswerter Zustand erreicht. Mit einer Rückkehr zum Europäischen Währungssystem kämen Wechselkursrisiken und höhere Transaktionskosten zurück. Gerade kleinere Staaten müssten sich auch wieder gegen starke Kursschwankungen und spekulative Attacken wappnen. Denn anders als in der Lehrbuchökonomie neigen auch Währungsmärkte eher zu Kapriolen, als brav ins Gleichgewicht zu streben. Daneben sind die Wechselkurse bisher alles andere als frei, denn weltweit manipulieren Regierungen und Zentralbanken sie auf mannigfaltige Art und Weise. Mit dem alten System wäre also nicht besonders viel gewonnen. Will man stattdessen ein gänzlich neues Währungssystem, ist man wieder im (durchaus legitimen) Bereich des Wünsch-Dir-Was, den Oskar Lafontaine aber angeblich gerade verlassen wollte.

Klar ist: der Euro ist in seiner jetzigen Form eine Fehlkonstruktion. Dies zu diagnostizieren, ist heute keine Meisterleistung mehr. Auch die Euro-Ret-

tungspolitik ist angesichts des mit miserablen Konjunkturaussichten gepaarten vielfachen sozialen Elends offensichtlich gescheitert. Wir müssen aber nicht nur die Fehler der Anderen benennen, sondern mit Alternativen punkten. Wie man sich, so Altvater, der „Sachzwangsjacke“ einer Währung durch politischen Beschluss entledigen kann,³ so gilt dies auch für andere vermeintliche Sachzwänge. Wir haben ein ganzes Bündel von Forderungen zur Krisenüberwindung, etwa im Bereich der Steuerpolitik, der Staatsfinanzierung, dem Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und der Banken- und Finanzmarktregulierung. Viele dieser Maßnahmen können wir genau durchbuchstabieren. Bei anderen, wie dem Wiederaufbau der Realökonomien in den Krisenländern oder dem Austarieren und Neukonfigurieren der Entscheidungsgewalt auf europäischer und nationaler Ebene müssen wir aber noch überzeugender werden. Letztlich würde keine unserer Maßnahmen allein die Eurokrise beheben. In der Summe würden sie jedoch wirken.⁴

Wir haben inzwischen – das zeigt die Diskussion der letzten Tage – in der Partei ein beachtliches Diskussionsniveau erreicht. Es gelingt uns aber nicht, unsere Lesart zu vermarkten. Dies liegt auch daran, dass die Eurokrise viele Ursachen hat, die je nach politischer Agenda selektiv in den Vordergrund geschoben werden. So kann die Bundesregierung ihre stupide Sparpolitik mit Episoden zum griechischen Steuerwesen, zur Geldwäsche in Zypern etc. für große Teile der Bevölkerung hinreichend überzeugend ummanteln. Der Weg zu einem sozialen, solidarischen und nachhaltigen Europa ist deswegen noch sehr weit. Die linken Parteien und die sozialen Bewegungen in den einzelnen Ländern kämpfen noch weitgehend allein,⁵ sie haben noch keine gemeinsamen Forderungen und nicht in Ansätzen gemeinsame Gegnerfixierungen. Das darf uns aber nicht davon abhalten, unseren zähen Weg weiter zu beschreiten.

3 Siehe Altvater, Fußnote 2.

4 Siehe auch die zahlreichen Kolumnen des Autors unter <http://www.die-linke.de/nc/politik/themen/eurokrisemillionaersteuerjetzt/axeltroostdiekolumne/>

5 Siehe Claus Offe: Europa in der Falle, Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2013 <http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/januar/europa-in-der-falle>

Italien: „Neun von zehn Italienern stehen heute schlechter da als noch vor zehn Jahren“

Referent: Tommaso Fattori

Tommaso Fattori ist ein Gründungsmitglied des Italian Forum of Water Movements und war auch einer der Befürworter des erfolgreichen Referendums auf Wasser, das in Italien im Juni 2011 stattfand. Im Januar 2011 wurde er zum Direktor von Transform-Italien gewählt, wo er das Forschungsprojekt zu Gemeingütern koordiniert.

Aus dem Englischen übersetzt von Andrej Bagoutdinov

Die Lage, in der sich ganz Europa, insbesondere Italien, befindet, wurde von Krugman in einem Artikel der New York Times am besten beschrieben: „Man begreift den Einfluss der Austeritäts-Doktrin nicht, ohne dabei über Klassen und Ungleichheit zu reden. Die Absichten, die hinter der Austeritätspolitik stecken, erinnern stark an Ausprägungen großbürgerlicher Vorstellungen, die in eine Fassade aus akademischer Strenge gekleidet werden. Der Wunsch der oberen 1 % wird zum Diktat der Ökonomie.“ Und ich möchte dem Folgendes hinzufügen: Dieser Wunsch der Oberklasse wird von den Technokratien ohne Umschweife realpolitisch umgesetzt. Krugman beschreibt, wie „der Zeitpunkt erreicht ist, an dem der

Standpunkt der Sparpolitik in sich zusammengebrochen ist. Nicht nur, dass sie dabei versagt hat, die realen Verhältnisse vorauszusagen. Nein, es hat sich zudem auch noch herausgestellt, dass die universitäre Forschung, die angerufen wurde, um diese Politik zu stützen, voller Fehler, Auslassungen und dubioser Statistiken ist.“ Wir kennen die Konsequenzen: Die Sparmaßnahmen, die der monströsen Lüge entsprungen sind, dass die Krise von Staatsverschuldung und Lohnkosten verursacht worden sei, haben uns in die Rezession geführt und die Ungleichheit noch weiter verschärft.

Krugmans hartes Urteil über die Sparpolitik muss auf neoliberale Politik allgemein ausgeweitet wer-

den. Der Neoliberalismus, die wahre Ursache für die Krise, ist nicht nur nicht tot, sondern scheint sich bester Gesundheit zu erfreuen. Der Neoliberalismus instrumentalisiert die Krise, um soziale Grundrechte und Arbeitnehmerrechte zu untergraben und Gemeingut, öffentliche Güter und Dienstleistungen zu privatisieren. Sparmaßnahmen sind ein „Werkzeug“ des Neoliberalismus. Deren Forderung entspringt dem Vorhaben, die Krise auszunutzen, statt sie zu lösen. Dementsprechend befinden wir uns in Italien und Europa in der paradoxen Situation, die folgendermaßen zusammengefasst werden kann: Das Totalversagen der sogenannten „neoliberalen Theorien“ wird begleitet vom endlosen Festhalten an neoliberalen „Therapien“, um die Krise zu beenden. Aber das sind keine Theorien, sondern Ideologien, denn Theorien, die man nicht durch Fakten widerlegen darf, sind Ideologien, oder besser gesagt: Theorien, die ständig durch die Fakten widerlegt werden, sind es.

Der „Neoliberalismus“ propagiert die Herrschaft von Unternehmen über die Gesellschaft durch Privatisierung des öffentlichen Sektors und durch die Deregulierung des Finanzmarktes. Üblicherweise bezeichnet er Arbeitnehmerrechte, Steuern, Umweltschutz und den Sozialstaat als Hindernisse, die kurzfristigem Profitstreben im Wege stehen. Der Einfluss des Staates muss laut der neoliberalen Doktrin auf ein Minimum reduziert werden, womit implizit auch eine Demokratie mit einem Mindestmaß an Partizipation einhergeht. Die Beseitigung jeglicher reeller politischer Intervention auf dem Markt, aus der eine uneingeschränkte Dynamik der ökonomischen Kräfte und Entscheidungsfindungen, die von den Haltern des Kapitals wesentlich beeinflusst werden, resultieren, wird von einem hyperoligarchischen Blick auf die Demokratie überschattet, die nur auf die gelegentlichen Wahlen im Kontext vorherbestimmter Themenkomplexe reduziert wird.

1. Wie gestaltet sich nun die soziale Lage in Italien während der Krise?

Es offenbart sich uns ein trostloses Bild: Die Wirtschaft befindet sich in einer Rezession und eine ähnlich schwere Krise erschüttert die Politik, vor allem aber die linken Parteien. Neun von zehn Italienern stehen heute schlechter da als noch vor zehn Jahren. Die Regierungen unter Berlusconi und Monti, die letztere ist eine sogenannte „Regierung von Sachverständigen“, hat die Einkommen auf das Niveau von vor zehn Jahren reduziert, staatliche Ausgaben drastisch gekürzt, die Hochfinanz geschützt und Sparmaßnahmen eingeleitet.

Besonders die Ungleichheit hat stark zugenommen. Alle Einkommenssteigerungen der letzten 10 Jahre haben den Reichtum der reichsten 10 % vermehrt, die ungefähr über die Hälfte des italienischen Vermögens verfügen, während die sog. „Hälfte der weniger Glücklichen“ nur über 9,5 % des italienischen Vermögens verfügt.

Die wirklichen Arbeitslosenzahlen, die auch diejenigen Personen beinhalten, die vorübergehend die Beschäftigung unterbrochen haben, liegen bei ca. 18 %. Die Jugendlichen sind dabei am stärksten betroffen. Im Jahre 2012 waren 37 % der Jugendlichen arbeitslos, eine nie zuvor erreichte Anzahl. Vier Millionen Werkstätige sind im Rahmen prekärer Arbeitsverhältnisse angestellt, ein weiterer Negativrekord! Jeder vierte Angestellte ist prekär beschäftigt. Die prekär Beschäftigten sind dabei von einem der 40 verschie-



denen sog. „Arbeitsverträge“ betroffen, die von einer nicht-enden-wollenden Folge neoliberaler Arbeitsmarkt-reformen eingeführt worden sind. Die alten Arbeitsverhältnisse mit unbefristeten Arbeitsverträgen und angemessenem Lohn wurden durch prekäre Arbeitsverträge ersetzt, was zur Folge hatte, dass die Löhne halbiert worden sind. Im Jahre 2010 belief sich der durchschnittliche Bruttoverdienst eines Angestellten im privaten Sektor auf 28.000 Euro (im Vergleich zu 42.000 in Deutschland, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Belgien).

Renten wurden gekürzt, das Rentenalter wurde angehoben. Es kommen auch noch 390.000 sog. „esodati“ (also „Frührentner“) hinzu. Das sind Arbeitnehmer, die freiwillig in den Ruhestand gegangen sind, um eine Frührente zu erhalten. Diese sind aber, dank der neuesten Reformen der Sachverständigen, nun arbeitslos und erfüllen die Voraussetzungen für das Beziehen einer Rente nicht.

Das Sozialwesen, also Gesundheitsversorgung, Schulsystem und Sozialleistungen, stehen unter Beschuss und wurden durch sog. „Ausgabenkürzungen“ verkleinert, so dass die Lebensqualität der Italiener weiter gelitten hat.

Kommunale öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Nahverkehr und Abfallwirtschaft sehen sich seit Jahren Angriffen ausgesetzt, und vielerorts versucht man sie zu privatisieren. Glücklicherweise wurde die Privatisierung lange genug von sozialen Bewegungen verzögert, die 2011 ein Referendum organisierten und gewannen, das sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung und der kommunalen Dienstleister richtete.

Zusammen mit einem großen Teil der Gewerkschaften und der gut organisierten Bevölkerung Italiens, einschließlich der Einrichtungen, die um Umweltschutz und Kultur bemüht sind, besteht die soziale Bewegung aus einem harten Kern eines sog. „post-liberalen gesellschaftlichen Blocks“. Sie kann sich jedoch gegenwärtig mit keinem einzigen politischen Thema identifizieren, wie ich gleich zeigen werde.

Hinzu kommt auch noch eine Bedrohung der Umwelt: Das sog. „urban planning“, übersetzt Städteplanung, hat in Italien der Deregulierung und der sog. „Freiheit zu bauen“ die Tore geöffnet. Dies geschah auf Druck der starken Interessen sogenannter „Palazzinari“. Das ist das Wort, das Italiener ver-

- wenden, wenn sie skrupellose Bauunternehmer meinen. Dies führt auf dem Lande zur Zerstörung und Einbetonierung großer Schwaden und zu vielen Baustellen bei der Errichtung großer und unnötiger Infrastrukturen.

Schließlich muss man auch die regressive Finanzpolitik der letzten Jahre erwähnen, beispielsweise den Anstieg des Mehrwertsteuersatzes, der die ärmsten Teile der Bevölkerung unverhältnismäßig stark belastet. Kurz gesagt, angesichts einer Krise, die von hoher sozialer Ungleichheit und einem aufgeblähten Finanzsektor verursacht wurde, sollen für den sog. „Aufschwung“ nur die Ärmsten und am wenigsten Geschützten aufkommen. Dabei ist gegenwärtig nicht einmal ein Quäntchen eines „Aufschwungs“ in Sicht, insbesondere für den letztgenannten Teil der Bevölkerung. Überdies hat sich, ganz im Einklang mit der bekannten keynesianischen Lektion, die Staatsschuldenquote vergrößert, statt sich zu verringern. Sie stieg von 120 % auf 126 %.

Die Hauptschuldigen für diese Katastrophe sind die Regierungen Berlusconi und Monti. Aber die Politik der Mitte-Links-Regierung hat auch zu diesem Problem beigetragen, da sie prekäre Beschäftigungen eingeführt und eine ganze Reihe von Privatisierungen eingeleitet hat. Seit August 2011, d.h. seit der letzten Legislaturperiode der Berlusconi-Regierung, wurden alle wichtigen Entscheidungen von der Troika getroffen. Dies stand schwarz auf weiß in einem Artikel der Zeitung *Corriere della Sera*, den Monti über die letzte Phase der Berlusconi-Regierung verfasst hatte. Er gibt an, dass die Berlusconi-Regierung bereits unter „besonderer Beobachtung“ stand und de facto zu einer Expertenregierung umgewandelt worden war: Zitat: „Die wichtigen Entscheidungen werden nun von einer supranationalen Expertenregierung getroffen, die, muss man hinzufügen, marktfreundlich ist und deren Filialen sich in Brüssel, Frankfurt, Berlin, London und New York befinden.“ Klarer wird es nicht. Und dann wurde Monti selbst, dank der Regie von Präsident Napolitano, Premierminister und vollendete das bereits begonnene Programm: Sparmaßnahmen, Rentenkürzungen, die so und sovielte „Arbeitsmarktreform“, erhöhte Besteuerung des Konsums einschließlich der Mehrwertsteuer, aber keine „Reichen-Steuer“, nicht einmal auf die größten Vermögensanteile! Ebenso beschloss man die Einverleibung des Fiskalpakts, der die Vorschrift enthält, den Haushalt auszugleichen, in die Verfassung. Monti hat nichts für die Finanzwelt geändert, die nicht für die Krise gezahlt hat, die sie verursacht hat, und hat all ihre Privilegien intakt gelassen. Monti kam nicht einmal mit einer Strategie auf, mit der er die Finanzspekulationen, die zum Nachteil der Staatsverschuldung Italiens betrieben werden, aufhalten konnte. Draghi erzielte dies teilweise durch Maßnahmen, die die Spekulation eindämmten, aber Geld für die privaten Banken generierten und dadurch die Basis für weitere Privatisierungen legten. Bedenken Sie diesbezüglich die sog. „Bedingtheiten“ für die Länder, die Rückgriff auf die ESM-Gelder haben.

2) Was sind die grundlegenden Probleme, mit denen die linke Opposition beim Kampf gegen die Sparpolitik konfrontiert wird, und welche Lösungen schlägt sie vor?

Mir steht nicht genug Zeit zur Verfügung, um Ihnen eine detaillierte Liste aller Probleme zu präsentieren,

die von einem alternativen linken Manifest für Italien abgedeckt werden müssten. Daher biete ich Ihnen ein allgemeines Bild der Probleme und Forderungen der Bewegung an:

a) Erstens: Italien benötigt eine „größere Umverteilung des Reichtums“, wobei gleichzeitig ein koordinierter Plan zur Beseitigung der Ungleichheit entwickelt werden muss. Vermögen sollte dort beschafft werden, wo es sich angesammelt hat, mit den größten Beträgen beginnend. Wie ich bereits sagte, wuchs im Verlauf von zwanzig Jahren, während die Einkommen nur minimal gestiegen sind, das Vermögen Italiens im europäischen Vergleich überdurchschnittlich und konzentrierte sich in sehr wenigen Händen. Die Anzahl der Steuerhinterziehungen ist weiterhin auf dem Höchststand. Knapp 80 % der Lohnsteuer und Einkommenssteuer wird von kleineren Angestellten beglichen, während Selbstständige und Unternehmer nur 20 % beitragen. Die Unternehmen haben ihre Profite erhöht und diese vereinzelt in Steueroasen überführt, während die Löhne gesenkt wurden und nichts in die Forschung und Entwicklung geflossen ist. Dabei wurden hohe Dividenden an Anteilseigner ausgeschüttet, und es flossen hohe Bonuszahlungen an die Manager. Der Großteil des akkumulierten Vermögens landete auf dem Aktienmarkt, auf dem mehr Profit durch Spekulation als durch Produktion gemacht worden ist.

Die Steuerlast sollte von der Lohnsteuer hin zur Vermögenssteuer verschoben werden. Wir müssen zu Steuersätzen zurückkehren, die wirklich „progressiv“ sind, müssen große Vermögen, sowohl im Finanz- als auch im Immobiliensektor, besteuern. Ebenso müssen wir auch die Einkommen aus ihnen besteuern: Das Hauptziel bilden dabei eben jene 10 % der Italiener, die die Hälfte des italienischen Vermögens besitzen.

b) Zweitens: Arbeitsplätze sind eine Priorität. Wir benötigen einen Plan, um die Beschäftigung anzukurbeln und prekäre Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen, indem wir beispielsweise Anreize für die Umwandlung prekärer Arbeitsplätze in unbefristete Arbeitsplätze schaffen und die vielen verschiedenen Arten prekärer Arbeitsverträge beseitigen. Wir müssen die Überzeugung zerschmettern, dass der Konkurrenzkampf auf der sog. „Reduktion der Lohnkosten“ basieren soll, die Lohnsenkungen zur Folge hat und aus Angestellten Sklaven macht. Gegenwärtig werden Stimmen innerhalb der Bewegung laut, die mehr soziale Absicherung fordern, wie ein Grundeinkommen, das zusätzlich existieren sollte und nicht an Stelle der Sozialleistungen. Wie Sie wissen, gibt es bereits ein italienisches und ein europäisches Netzwerk für Grundeinkommen und eine Initiative Europäischer Bürger_innen, die dies fordern.

c) Drittens: Gemeingut und die Neuentdeckung öffentlicher Dienstleistungen. Dies ist ein weiterer zentraler Bereich. Universeller Zugang zu fundamentalen Gütern und Dienstleistungen muss garantiert und die Privatisierung verhindert werden, damit öffentlicher Besitz nicht nach der Logik des Marktes und des Profits verwaltet wird. Staatliche Ausgaben müssen wieder steigen: Wohlfahrt ist eine Investition, keine Ausgabe. Öffentliche Dienstleistungen müssen von BürgerInnen in Form von partizipativer Verwaltung kontrolliert werden. Diese Formen der Verwaltung bestimmen im übrigen auch fundamen-

tal grundlegende politische Strategien und Verwaltungsrichtlinien. In Italien ließ sich die Bewegung gegen Privatisierung der Gemeingüter und öffentlichen Dienstleistungen nicht von den wiederholten Versuchen der Regierung einschüchtern, die das Resultat des Referendums nicht vollständig umsetzte: Einige italienische Städte haben endlich wieder damit begonnen, ihre Dienstleistungen öffentlich anzubieten. Dies wird sicherlich einer der zentralen Schauplätze in den nächsten Jahren sein. Ich möchte hinzufügen, dass es ebenso eine Initiative europäischer BürgerInnen im Hinblick auf die Wasserversorgung gibt, die erste in Europa, die 1 Million Unterschriften gesammelt hat.

d) *Viertens: Die sog. „Verkleinerung des Finanzsektors“, ein weiterer zentraler Punkt.* Unsere Forderungen sind allgemein bekannt, daher werde ich sie nicht alle wiederholen: Steueroasen müssen ausgeräumt werden. Wir müssen zu einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken zurückkehren. Risikoreiche und äußerst spekulative Projekte und Spekulationen müssen strenger reguliert werden, und wir müssen eine echte und effektive Steuer auf internationale Finanztransaktionen einführen, staatliche europäische Rating-Agenturen schaffen etc. Wegen dieser und vieler anderer wirtschaftlicher Probleme wurde während der Florenz-10+10-Tagung ein europäisches Netzwerk von Ökonomen gegründet, das viele verschiedene Erfahrungen vereint (z.B. Economistes Atterres, Another Road for Europe, Euronemorandum etc). Es ist somit ein Netzwerk innerhalb der sozialen Bewegungen.

e) *Wir müssen dazu zurückkehren, „Wirtschaftspolitik“ für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, um den Energieverbrauch und den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu verringern.* Der sog. „Markt“ hat, auf sich allein gestellt, enorme Katastrophen herbeigeführt. Die Entscheidungen über das Was, Wie, und Für Wen dürfen nicht mehr dem Markt überlassen werden, d.h. den großen multinationalen Konzernen, sondern müssen von der Wirtschaftspolitik, also koordinierter Politik auf Grundlage von Nachfrage, Angebot und Arbeit, gesteuert werden. Wir müssen die unzähligen Formen der kooperativen Produktion und des „Wiederaufbaus“ bankrotter Unternehmen durch die Angestellten und Arbeiter fördern und dadurch eine ökologische Rückwandlung der Produktion herbeiführen. Wir müssen die gegenwärtige Landwirtschaft überarbeiten, und dabei kurze Versorgungswege und lokale Produktion bzw. Herstellung fördern und dabei Arbeitskräfte investieren.

f) *Schließlich sehen wir uns dem Problem der nationalen und supranationalen, d.h. europäischen, Demokratie gegenübergestellt.* Wir müssen Formen der direkten Partizipation auf kommunaler Ebene einführen. Die Formen der direkten Demokratie, die die sozialen Bewegungen der letzten Jahre vorangetrieben haben, z.B. direkt eingebrachte Gesetzesentwürfe und Referenden, müssen gestärkt werden. Lasst uns Europa und seine Institutionen demokratisieren, um einen Kurswechsel weg von der zunehmenden Oligarchisierung und Technokratisierung vorzunehmen, indem wir die Kontrolle über Wirtschaft und Finanzen übernehmen und den Wählern und ihren Stimmen eine wahre Möglichkeit schaffen, Gehör zu finden.

Aber ich würde auch gerne noch zwei weitere Initiativen ansprechen, die innerhalb der Bewegungen der Zivilgesellschaft entstanden sind und die ich für sehr wichtig halte. Die eine ist „historisch“, die andere gerade erst entstanden:

Die „historische“ Begegnung, die ich machte, ist die „Sbilanciamoci!“-Kampagne – ein nicht zu übersetzender Wortwitz zum Thema Haushaltsplanung und Bilanzierung, der so viel bedeutet wie „lasst uns Haushalt und Bilanzen austauschen“. Das Hauptziel der Bewegung ist die Vorbereitung von sog. „Gegenbudgets“ von unten, die in der Lage sind, andere Ausgabenprioritäten und eine andere Art des staatlichen Budgets vorzuschlagen. „Sbilanciamoci“ bringt 47 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammen und ist seit 1999 aktiv. Seit mehr als zehn Jahren hat sie jedes Jahr alternative Budgets erstellt. Sie ist ein wichtiges Werkzeug, um Aufmerksamkeit zu erlangen, aber auch, um Allianzen zu formen und die Vorschläge der Bewegung in einem lebendigen Projekt zusammenfließen zu lassen.

Erst kürzlich startete andererseits die Kampagne für „eine neue Art der staatlichen und gesellschaftlichen Finanzierung“. Diese Kampagne wurde im wesentlichen im Rahmen der Bewegung gegen die Verstaatlichung der Wasserversorgung gegründet. Das Nationale Forum wurde erst kürzlich in Florenz aufgestellt und vereinigt eine ganze Reihe verschiedener Organisationen. Kurz gesagt, ist es eine Kampagne für die „Verstaatlichung“ des Kreditystems. Sie arbeitet darauf hin, die enormen Geldmengen, die von der Cassa Despoti e Prestiti verwaltet werden, für gesellschaftliche Zwecke und den Umweltschutz zu verwenden. Zwölf Millionen Menschen sind in diesem Verband der Postbanken vereinigt. In der Vergangenheit war dieser Verband eine vollkommen öffentliche Spezialbank, deren Aufgabe es war, Geld zu besonders günstigem Zinssatz an kommunale Träger zu verleihen. Diese verwendeten das Geld, um es in Güter und öffentliche Dienstleistungen zu investieren. Im Jahre 2003 wurde die Cassa privatisiert. Sie wurde in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, und private Banken wurden zu den Anteilseignern. Die Konsequenz war, dass die Cassa immer mehr und mehr zu einer Handelsbank bzw. Akzeptbank wurde, die weiterhin kommunale Behörden finanziert, aber Geld zu marktüblichen Zinsen verleiht. Sie wurde zu einer Bank, die in eine Vielzahl profitorientierter Fonds investiert. Die umgesetzte jährliche Geldmenge der Cassa DP ist enorm. Es geht dabei um circa 250 Milliarden Euro, wobei eine Liquidität von beinahe 130 Milliarden Euro zur Verfügung steht. Die gesellschaftliche Wiederaneignung der Verwaltung und Kontrolle über dieses Geld ist unserer Ansicht nach wesentliche Bedingung zur Steuerung und Finanzierung der Änderungen, die wir heute benötigen. Zusammenfassend brauchen wir eine neues öffentliches und staatliches Finanzwesen, um alternative Politik betreiben zu können: dies ist ein unausweichlicher Knackpunkt.

Schließlich Europa und Europäische Solidarität. Die italienischen Bewegungen sind sich vollkommen dessen bewusst, dass wir uns darum bemühen müssen, die existierende Fragmentierung in Europa zu überwinden und den europäischen Raum heute als den kleinsten notwendigen Raum zu betrachten, der nötig ist, um eine glaubwürdige soziale und wirtschaftliche Alternative aufzubauen. Es wäre ein großer ►

- Fehler, die Dimension des Zusammenpralls zwischen Kapital und Arbeit einerseits und Kapital und Umwelt andererseits zu unterschätzen. Von „Firenze-10+10“ bis zum „Altersummit“, der im Juni in Athen stattfinden wird, sind außergewöhnliche Anstrengungen nötig, um die wahren sozialen Akteure zusammenzubringen, damit diese Allianzen bilden, Strategien auf europäischer Ebene entwerfen, um den lokalen Widerstand und Kampf zu vernetzen. Wir suchen gemeinsam den besten und effektivsten Weg, damit wir in Europa unserem gemeinsamen Kampf einen Schritt voranbringen können.

3) Abschließend noch ein paar letzte Worte über die italienische Linke

Italien ist das Land, das einst die größte kommunistische Partei West-Europas vorweisen konnte. Aber heutzutage lebt die Linke eher in der Basispolitik als in traditionellen Parteien. Sie ist lebendiger und stärker in den Verbänden, den Bewegungen und territorialen Komitees, von welchen ich gerade gesprochen habe. Der Sieg beim Referendum über Wasser als Gemeingut und gegen Atomenergie im Juni 2011 war ein klarer Beweis dafür, dass die Komitees und Verbände es geschafft haben, 27 Millionen Italiener an die Wahlurne zu bewegen. Trotz der Ausgrenzung durch die Regierung und die Medien und trotz der Gleichgültigkeit großer Teile des Mitte-Links-Bündnisses. Ich meine damit besonders die Demokratische Partei. In den letzten Jahren ist eine sog. „politische Autonomie der sozialen Sphäre“ entstanden, die sich nicht in „neuen Parteien“ manifestiert hat, sondern eine eigene Rolle bei der „öffentlichen politischen Meinungsbildung“ einnimmt, um die Interessen der Gesellschaft zu verfolgen.

Die Parteien halten nicht länger ein Monopol innerhalb der Politik, noch sind sie die Einzigen, die darüber bestimmen, welche Fragen wichtig sind und welche politische Richtung eingeschlagen wird. Die verschiedenen Ausprägungen der Basisdemokratie hegen keine Ambitionen, Parteien zu ersetzen, sondern sie versuchen, den Raum, innerhalb dessen sich Politiker bewegen, neu zu definieren, Richtungswechsel herbeizuführen, Standpunkte zu entwickeln und neue Wege der Partizipation zu entwickeln.

Die radikalen linken Parteien Italiens können nur überleben und wachsen, wenn sie sich der Welt gegenüber öffnen und ihre eigene Transformation zulassen. Heute erst hat sich der Linken eine historische Gelegenheit offenbart. Die italienische Politik wird von einem Erdbeben erschüttert, da die traditionellen Parteien, Berlusconi PDL und die PD, zur Zeit einen rasanten Vertrauensverlust bei den Wählern hinnehmen müssen. Sie haben Millionen von Wählerstimmen verloren und nun eine Regierung des „breiten Konsenses“ gebildet. Dies geschah, nachdem die PD sich geweigert hatte, ihre Stimme für den bekannten Juristen Stefano Rodota abzugeben, der innerhalb der Bewegung äußerst berühmt ist und einer der Initiatoren des Referendums war. Das „Movimento 5 Stelle“, übersetzt „Die 5-Sterne-Bewegung“, steckt noch in den Kinderschuhen und wurde von Beppe Grillo gegründet. Sie erzielte 25 % der Wählerstimmen während der Parlamentswahlen und wurde somit auf einen Schlag zur zweitgrößten Partei Italiens. Diesen Erfolg erzielte Beppe Grillo mit einer Kampagne, die populistische Elemente beinhaltet. Grillo behauptet, dass „links“ und „rechts“ sinnlose Kategorien geworden seien. Seine Kampagne

verbindet allgemeine Ressentiments gegenüber der sog. „politischen Kaste“ mit Elementen und Themen, die typischerweise der Linken zugeschrieben werden, und mit einer grünen politischen Plattform. Gleichzeitig wendet er sich auch gegen die Kürzungspolitik. Grillo gewann Unterstützer, indem er viele Themen und Kämpfe, für die die sog. „alternative Linke“ jahrzehntelang gekämpft hatte, sozusagen gestohlen hat: Globalisierungskritik, Kriegsgegnerschaft, Kritik an der Hochfinanz und an multinationalen Konzernen, Umweltschutz, besonders im Hinblick auf den Kampf um die Trinkwasserversorgung, und die „Stoppt den TAV“-Bewegung, die sich gegen einen Hochgeschwindigkeits-Schientransport in Norditalien richtete. Er thematisiert das Grundeinkommen und Formen der direkten Partizipation als Reaktionen gegen die Politik der traditionellen Parteien. Die mündet in Grillos Fall in eine Überhöhung der Internetdemokratie, wodurch er seine strenge Kontrolle über diese sog. „Bewegung“ zu verbergen sucht.

Die radikale Linke andererseits ist zusammengeschnitten: Die Partei „Linke, Ökologie und Freiheit“ erreichte 3 % der Stimmen und die „Zivile Revolution“, die die PRC einschloss, erreichte ca 2 %.

Das Bild scheint sich künftig noch mehr zu verändern. Die Koalition zwischen PD und PDF hinterlässt ein Vakuum, aber eine ebenso große Gelegenheit innerhalb der Linken. In den vergangenen Tagen hat ein großer Teil der PD rebellierte. Aktivisten besetzen lokale Parteifilialen, rufen eigene Versammlungen ein, verbrennen ihre Parteibücher und fordern ihre Vorsitzenden heraus. Die PD könnte das gleiche Schicksal ereilen wie die Pasok, deren Rechtsruck so weit ging, dass sie eine große Koalition einging, was einen dramatischen Verlust an Wählerstimmen zur Folge hatte: Ihr Anteil sank von 47 % auf 12 %. Die Rechte wird nun von Syriza herausgefordert, die den Platz der Pasok im linken Spektrum einnimmt. Syriza ist eine Bündnispartei, die es geschafft hat, die traditionelle kommunistische Kultur und ihren Organisationscharakter zu erneuern und sich den Forderungen der sozialen Bewegungen nach einer horizontaleren Struktur anzupassen. Syriza hat es ebenso geschafft, alle Forderungen der Bewegungen in die Agenda der Partei aufzunehmen. Ihre Kohärenz beim Widerstand gegen Sparmaßnahmen ist sicherlich einer der Gründe für ihr rasantes Wachstum bei den Wählern der Partei (27 % der Wählerstimmen in der zweiten Runde der Wahlen im Jahre 2012 im Vergleich zu 4,6 % im Jahre 2009). Aber Syriza wurde eben für ihre Öffnung gegenüber den Forderungen der Bewegungen belohnt.

Ich denke, dass der springende Punkt der folgende ist: Wir sollten in Italien den Weg der kulturellen und organisatorischen Erneuerung gehen und die Parteien den inklusiveren und weniger starren sozialen Bewegungen angleichen. Wir benötigen heutzutage eine horizontale politische Kraft, die die Möglichkeiten, die sich aus der vorhersehbaren Abkehr der Wähler von der PD und der Mitte-Links-Partei ergeben, nutzt. Diese Parteien gingen zuerst Kompromisse mit Monti Regierung und ihren Sparmaßnahmen ein, und sie haben nun sogar direkt mit Berlusconi und der PDL koalitiert. Wenn wir den Weg dieser Erneuerung nicht gehen, ist es sehr wahrscheinlich, dass Grillos 5-Sterne-Bewegung trotz all ihrer Widersprüche andere Teile der Linken schluckt und auf weit über 25 % anwächst.

□

Großbritannien: Margaret Thatcher mag tot sein, aber ihr furchtbares Vermächtnis lebt in Großbritannien fort

Referent: Tom Walker, Redakteur der Red-Pepper-Redaktion in London

Tom Walker ist Beobachter der sozialen Bewegungen und schreibt Artikel über Kampagnen, die gegen das von der aktuellen Tory-Regierung auferlegte Sparregime kämpfen.

Aus dem Englischen übersetzt von Andrej Bagoutdinov

Margaret Thatcher mag tot sein, aber ihr furchtbares Vermächtnis lebt in Großbritannien fort. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Thatchers Angriffen auf den Sozialstaat, ihren Privatisierungen der Wasser-, Gas-, Elektrizitätsversorgung und dem heutigen neoliberalen Sparprogramm einschließlich der Privatisierungspolitik. Die großen politischen Parteien setzen gegenwärtig begeistert Sparmaßnahmen durch, während sich die Opposition weigert, diesen zu widersprechen.

Soziale Situation während der Krise

Drei volle Jahre der strengen Sparpolitik sind vergangen, seit die konservative Partei während der Wahlen im Jahre 2010 an die Macht kam. Wir haben weitreichende Schließungen von Kindertagesstätten, Bibliotheken und Krankenhausstationen miterleben müssen. Die öffentliche Gewerkschaft Unison hat herausgearbeitet, dass seit dem Beginn der konservativen Regierung täglich im Schnitt 600 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor abgebaut worden sind. Das heißt, dass alle zwei Minuten ein Arbeitsplatz verschwindet.

Die Lage verschlimmerte sich mit der letzten Reihe der Kürzungen öffentlicher Ausgaben, die Anfang April durchgeführt wurde. Fünfzig Professoren, die auf dem Gebiet der Sozialpolitik forschen, haben in einem Brief an die Zeitung The Guardian erklärt, dass die ärmsten 10 % der Haushalte zusammen mit den anderen Einsparungen seit 2010 das Äquivalent von 38 % ihres Einkommens verloren haben.

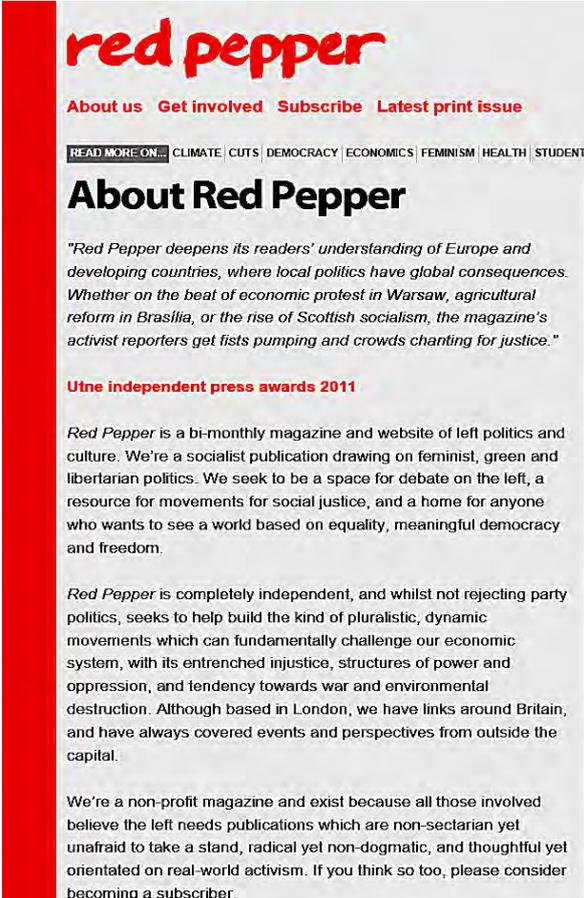
Die Regierung hat sich dabei vor allem auf junge Menschen eingeschossen. Wir haben miterlebt, wie sich Studiengebühren auf unglaubliche 9.000 Pfund verdreifacht haben und wie die Education Maintenance Allowance, ein wöchentliches Darlehen in Höhe von 30 Pfund für Studenten, deren Familien über niedrige Einkommen verfügen, in ganz England abgeschafft wurde. Es gibt gegenwärtig für mehr als eine Million junger Arbeitsloser keine Arbeits- oder Ausbildungsplätze. Stattdessen werden sie dazu gezwungen, unbezahlte Arbeiten zu verrichten und Regale in Geschäften wie Poundland zu befüllen, was die Regierung lächerlicherweise „Arbeitserfahrung“ nennt.

Die Kinderarmut steigt. Ein Bericht des Projektes zu Armut und Sozialer Exklusion, an dem sechs Universitäten zusammenarbeiten, untersuchte die sogenannte „Verarmung Großbritanniens“. Das Projekt fand heraus, dass heute mehr als einer Million junger Menschen mindestens ein essentielles Kleidungsstück fehlt, beispielsweise eine warme Winterjacke. Einer von drei Menschen konnte es sich nicht leisten, seinen Haushalt letzten Winter angemessen zu beheizen. Circa 4 Millionen Erwachsene und Kinder sind unterernährt.

Weitere Anhaltspunkte dafür, dass England sich am Existenzminimum bewegt, ist das rasante Wachstum der Tafeln. Der sog. Trussel-Ring, unser größtes

Netzwerk von Armenspeisungen, unterhielt im Jahre 2007, also vor der Finanzkrise nur 22 Filialen. Im Jahre 2011 waren es bereits 100. Letztes Jahr zur selben Zeit waren es 200. Heute sind es fast 350 Filialen. Drei Armenspeisungen werden in Großbritannien jede Woche eröffnet, und letztes Jahr haben 350.000 Menschen ihre Dienste in Anspruch nehmen müssen. Arbeitslose sehen sich dieser Lage immer öfter gegenübergestellt, während die Hürden für den Empfang von Unterstützung immer höher werden. Aber die prekär Beschäftigten sind ebenso stark betroffen, was man an dem Anstieg der sog. Überbrückungskredite erkennen kann. Diese Darlehen gehen mit außerordentlich hohen Zinsen einher, die in Großbritannien vollkommen legal sind, da es dort keine Grenze für Darlehenszinsen gibt. Besonders die Firma Wonga hat traurigen Ruhm erlangt, indem sie Kredite zu einem Zinssatz von 4.214 % verleiht. Sie vermarktet sich selbst als eine Möglichkeit, Rechnungen zu bezahlen. Ihre Profite verdreifachten sich letztes Jahr.

Zwischenzeitlich wurde letzte Woche die Liste der reichsten Briten veröffentlicht, die von der Zeitung Sunday Times jährlich zusammengestellt wird. Sie zeigte, dass der Reichtum der 1.000 reichsten Menschen in Großbritannien um 36 Milliarden gewach-



The screenshot shows the website for Red Pepper, a bi-monthly magazine and website of left politics and culture. The page features a red header with the 'red pepper' logo in white and red. Below the logo are navigation links: 'About us', 'Get involved', 'Subscribe', and 'Latest print issue'. A horizontal menu lists various topics: 'CLIMATE', 'CUTS', 'DEMOCRACY', 'ECONOMICS', 'FEMINISM', 'HEALTH', and 'STUDENT'. The main heading is 'About Red Pepper'. Below this, there is a quote: 'Red Pepper deepens its readers' understanding of Europe and developing countries, where local politics have global consequences. Whether on the beat of economic protest in Warsaw, agricultural reform in Brasilia, or the rise of Scottish socialism, the magazine's activist reporters get fists pumping and crowds chanting for justice.' Below the quote is the text 'Utne independent press awards 2011'. The main body of text describes Red Pepper as a bi-monthly magazine and website of left politics and culture, seeking to be a space for debate on the left, a resource for movements for social justice, and a home for anyone who wants to see a world based on equality, meaningful democracy and freedom. It also states that Red Pepper is completely independent, and whilst not rejecting party politics, seeks to help build the kind of pluralistic, dynamic movements which can fundamentally challenge our economic system, with its entrenched injustice, structures of power and oppression, and tendency towards war and environmental destruction. Although based in London, it has links around Britain, and has always covered events and perspectives from outside the capital. At the bottom, it says 'We're a non-profit magazine and exist because all those involved believe the left needs publications which are non-sectarian yet unafraid to take a stand, radical yet non-dogmatic, and thoughtful yet orientated on real-world activism. If you think so too, please consider becoming a subscriber.'

www.redpepper.org.uk

- sen ist und einen neuen Höchststand von 450 Milliarden erreicht hat. Trotzdem haben die Konservativen durch ihren jüngsten Haushaltsplan den Steuersatz eines jeden Millionärs um 5 % gekürzt und somit jedem von ihnen im Schnitt 100.000 Pfund pro Kopf mehr zur Verfügung gestellt, während zur selben Zeit die sog. Schlafzimmersteuer eingeführt wurde. Sie sagen also, es gäbe kein Geld, aber sie haben kein Problem damit, Millionären Geld in Form von Steuerkürzungen zu schenken, während sie sich gleichzeitig weigern, in Infrastrukturen zu investieren. Dann behaupten sie, dass die jüngste Wachstumsrate in Höhe von 0,3 % ein Erfolg sei, wahrscheinlich weil sie über Null liegt, und daher streng genommen keine Rezession vorliege.

Die schlimmsten Angriffe hat sich die Regierung jedoch für behinderte Menschen aufgehoben. Die Regierung begann Falschmeldungen herauszugeben, die besagten, dass viele Menschen, die Erwerbsunfähigkeitsrente beantragen, überhaupt nicht unter Behinderungen leiden. Dann gingen die Konservativen einen Schritt weiter und beauftragten das IT-Unternehmen Atos mit der Erstellung von Gutachten, die klären sollten, ob diese Menschen wirklich versehrt genug sind, um Rente zu empfangen. Diese Gutachten werden mittels taktloser Formulare eines Computerprogramms durchgeführt und ignorieren medizinische Unterlagen zugunsten von Fragen wie: „Können Sie Fernsehen schauen oder ein Telefonbuch benutzen?“

Die Zeitung The Daily Mirror nutzte eine Anfrage im Rahmen des Freedom of Information Act und fand heraus, dass 32 Menschen mit Behinderung jede Woche sterben, nachdem sie von Atos als erwerbsfähig eingestuft worden sind. Das Ganze ist mittlerweile so berüchtigt, dass viele Menschen nach Thatchers Tod über Twitter meldeten, Thatcher sei von Atos als erwerbsfähig eingestuft worden.

Der jüngste Angriff, der Erwerbsunfähige besonders hart traf, war die „Schlafzimmersteuer“. So lautet die umgangssprachliche Bezeichnung für die Pläne der Konservativen, die Wohnungszuschüsse für jeden zu streichen, der laut Regierung über ein überschüssiges Schlafzimmer verfügt. Man behauptet einfach, dass dies eine Platzverschwendung sei und deshalb dafür keine Unterstützung mehr gezahlt werden könne. Diese strenge Regel besagt, dass z.B. zwei Kinder sich ein Zimmer teilen müssen und kein eigenes Zimmer haben dürfen. Noch schlimmer ist, dass zwei Drittel der Menschen mit einem sogenannten überflüssigen Schlafzimmer unter einer Behinderung leiden und die Schlafzimmer somit von Pflegern bewohnt werden. Sie stehen also kurz davor, ein Viertel ihrer Unterstützung zu verlieren.

Lassen sie mich später auf die „Schlafzimmersteuer“ zurückkommen.

Bewegungen und Gewerkschaften

Was also wird dagegen unternommen? Es offenbart sich uns ein zwiespältiges Bild. Ich werde kurz die Hochs und Tiefs der sozialen Bewegungen seit Antritt der Konservativen nachvollziehen.

Die Konservativen haben vor den Wahlen im Jahre 2010 sehr deutlich gemacht, dass ihre Priorität bei der „Senkung der Defizite“ liegen werde, also bei Kürzungen. Aus diesem Grund sahen wir, wie nach dem Wahlsieg der Konservativen überall Bewegungen entstanden sind, die sich gegen die Sparpolitik richteten. Ob in Hastings oder Dundee, vom Süden bis in den Norden entstanden Hunderte Gruppen, die

begannen, örtliche Demonstrationen gegen den Sparkurs zu planen, sowohl im Hinblick auf einzelne Kürzungen und Schließungen, die die Kommunen androhten, aber, was viel wichtiger ist, auch gegen kommunale Haushalte im Allgemeinen. Manche dieser Anti-Kürzungs-Gruppen sind wieder verschwunden, manche gibt es bis heute. Ihre anhaltende Aktivität ist ein Beweis für das allgemeine Gedeihen der sozialen Bewegungen gegen Kürzungen.

Aber vor dem Hintergrund dieses lokalen Gärens innerhalb der Bevölkerung hat die National Union of Students, die Studierendenvertretung, im November 2010 eine Demonstration ausgerufen, die sich gegen die bereits von mir genannte Verdreifachung der Studiengebühren und die Abschaffung der Hochschuldarlehen richtete. Es wurden 10.000 Studenten erwartet, es erschienen 50.000. Und es endete, mit der, meiner Meinung nach brillanten, Erstürmung des Hauptquartiers der Konservativen Partei im Milbank Tower im Zentrum Londons. Aus dieser Protesterfahrung wurde, nicht zuletzt dank des Medienaufsehens, das die Aktion erregte, eine neue soziale Bewegung geboren. Eine Bewegung, die größtenteils von Schülern zwischen 16 und 18 Jahren geleitet wird, die am stärksten betroffen sind. Aber die Studenten organisierten sich von unten und veranstalteten mehr Streiks und Besetzungen.

Viele Gewerkschaftsführer haben öffentlich zugegeben, dass es die Studenten waren, die den Stillstand im Kampf gegen Sparmaßnahmen auf nationaler Ebene brachen und die Gewerkschaften zum Handeln bewogen. Die Studentenbewegung stärkte diejenigen Mitgliedern des Verbandes der Gewerkschaften, des sogenannten TUC, den Rücken, die zu einer landesweiten Demonstration aufrufen wollten. Die Folge war der 26. März 2011. An diesem Tag marschierte eine halbe Million Menschen durch die Straßen Londons. Die meisten waren Gewerkschafter, denen sich sowohl kommunale Aktivisten aus den Anti-Kürzungs-Bewegungen als auch Studenten angeschlossen. Der 26. März gilt allgemein als der größte gewerkschaftlich organisierte Streik in der Geschichte Großbritanniens und erreichte fast die Größe des Streiks gegen den Irak-Krieg im Jahre 2003.

Im späteren Verlauf des Jahres 2011 erlebten wir die riesige gewerkschaftliche Kampagne zum Thema Rentenkürzungen im öffentlichen Sektor. Es handelte sich dabei nicht um einen Generalstreik. Seit 1926 kam es in Großbritannien zu keinem Generalstreik mehr. Aber am 30. November 2011 versammelten sich am selben Tag mehr als 20 Gewerkschaften mit ihren geschätzten drei Millionen Mitgliedern. Das war der größte Streik seit vielen Jahrzehnten.

Während die Streikbewegung an Fahrt gewann, erreichte die Occupy-Bewegung Großbritannien, wobei viele Occupy-Aktivisten am 30. November Streikposten aufstellten und sich den Streikenden an diesem Tag anschlossen.

Der Grund dafür, dass ich so Vieles über das Jahr 2011 erzähle, ist, dass wir in vielerlei Hinsicht immer noch mit dem Vermächtnis dieses Jahres leben, sowohl seinen guten als auch seinen schlechten Aspekten. Der Tag zeigte uns, was möglich ist. Er hat Tausende und Abertausende Aktivisten geformt und ist auch weiterhin ein Bezugspunkt.

Aber die Wahrheit ist, dass sich gegen Ende des Winters die Bewegung aufgelöst hatte. Die Studentenbewegung verstummte allmählich im Laufe des Jahres und erreichte nie mehr diese Initiative, nachdem das Parlament die Kürzungen beschlossen hatte, die sie

bekämpfte. Das Occupy London Camp wurde im Laufe des Winters immer kleiner, bis es von der Polizei geräumt wurde, ähnlich wie es auch mit den anderen Occupy Camps geschah. Die Streiks endeten mit einem umstrittenen und komplexen Abkommen in Hinblick auf die Altersvorsorge, das einige Zugeständnisse enthielt, aber ebenso auch den Großteil der Kürzungen beinhaltete, die die Regierung wollte. Trotz des Geredes über Generalstreiks haben wir bis heute nicht einen einzigen gesehen, und die großen Gewerkschaften erweisen sich als außerordentlich träge, wenn es um Arbeitskampf geht. Nachdem wir also 2011 kaum Zeit zum Atmen hatten, folgte hinsichtlich größerer Aktionen eine Flaute.

Das soll nicht heißen, dass nichts geschehen ist. Manche überregionalen Bewegungen, die in den frühen Tagen begannen, haben sich am Leben erhalten können. Eine Bewegung, die hier erwähnt werden muss, ist die Bewegung der Erwerbsunfähigen, die das Problem der Atos-Gutachten, die ich gerade beschrieben habe, weiterhin in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit richten will. In diesem Rahmen kam es zu einer Aktionswoche gegen Atos, das als Sponsor der Paralympischen Spiele aufgetreten ist, die im Jahre 2012 in London stattfanden.

Die Bewegung UK Uncut sollte ebenso genannt werden. Es handelt sich um eine Protestkampagne, die es geschafft hat, regelrechte Berühmtheit zu erlangen, und die seit dem Beginn der Bewegungen gegen Sparmaßnahmen regelmäßige Proteste organisiert hat. UK Uncut hatte den großen Einfall, die phrasenhafte Rhetorik der Regierung zu untergraben und eine Kampagne zu beginnen, die die Aufmerksamkeit von der Notwendigkeit der Kürzungen hin zur unternehmerischen Steuerflucht lenken will. Sie hat dies erreicht, indem sie Filialen von Unternehmen besetzte, die sich des Steuerbetrugs schuldig gemacht hatten: zuerst Vodafone und die Modekette Topshop und zuletzt auch Starbucks. Dabei handelt es sich um Proteste, die nie sehr groß im Hinblick auf die Teilnehmerzahlen waren, aber einen großen Teil der medialen Aufmerksamkeit und öffentlichen Vorstellungskraft auf sich zogen. Losungen wie „pay your tax“, „zahle deine Steuern“, erlauben es der radikalen Linken, Unternehmen und Regierung gleichzeitig ins Visier zu nehmen.

UK Uncut und die Bewegung der Erwerbsunfähigen haben sich im Kampf gegen die „Schlafzimmersteuer“ zusammengeschlossen und haben nun begonnen, vor den Schlössern der Minister Streikposten aufzustellen.

Und das bringt mich zur heutigen Lage der Bewegungen.

Die Bewegung gegen die Schlafzimmersteuer ist die heute mit Abstand bedeutendste Bewegung in Großbritannien. Um dieses Thema sind die örtlichen Gruppen gegen Kürzungspolitik, die ich bereits erwähnte, sehr bemüht. Diese Bewegung hat viele Untätige wieder zum Handeln animiert. Fast jede Kleinstadt ab einer gewissen Größe hat Proteste gegen die Schlafzimmersteuer erlebt, die nicht immer groß, aber dafür stark innerhalb den Gemeinden verankert waren. Dies ist so interessant, weil die Bewegung weit über die etablierte Linke hinweg Teilnehmer mobilisiert hat. Erneut erinnert dies an eine soziale Bewegung, die sich sehr stark auf Wohnsiedlungen in armen Stadtteilen konzentriert, in denen Menschen darauf angewiesen sind, sich selbst zu organisieren. Etwas Vergleichbares hat man seit den Angriffen auf die Armen in Form der Kopfsteuer

während der frühen 90er Jahre nicht mehr gesehen. Das Problem dieser Bewegung gegen die Schlafzimmersteuer ist, dass sie, trotz ihres stetigen Wachstums, einer Kürzung widerspricht, die bereits Anfang April umgesetzt wurde. Anders gesagt, muss diese Bewegung nun die Regierung dazu bringen, eine bereits vorhandene Maßnahme zurückzunehmen, statt der Regierung eine vorgeschlagene Maßnahme auszureden. Dies kann einzig und allein dadurch geschehen, dass man deren Umsetzung verhindert. Die Beschaffenheit der Schlafzimmersteuer setzt voraus, dass die einzig realistische Umsetzung einer Kampagne entspräche, die die Miete oder Teile der Miete nicht mehr bezahlt. Hat diese Organisation das Selbstvertrauen, um beispielsweise Zwangsräumungen zu widerstehen? Das ist die Frage, der wir uns gegenübergestellt sehen.

Die andere große Bewegung in Großbritannien ist die Bewegung für den Erhalt der staatlichen Krankenversicherung NHS. Die Krankenversicherung ist die größte Institution, die noch in staatlichen Händen liegt. Die Konservativen hassen sie. Sie steht für den unvollendeten Teil von Thatchers Maßnahmen. Der Widerstand innerhalb der Bevölkerung war so groß, dass selbst sie es nicht gewagt hat, gegen sie vorzugehen. Die Lösung der Regierung war die heimliche Privatisierung. Es wird absichtlich komplex gehalten, damit man es schwer erklären kann, aber im Wesentlichen wird die NHS heimlich von einer gesetzlichen Krankenversicherung in eine Art Mantelorganisation für private Krankenversicherer umgewandelt.

Bislang hat die Komplexität der Umstrukturierung direkten Widerstand erschwert. Stattdessen hat sich die soziale Bewegung zur gesetzlichen Krankenversicherung in Form von lokalen Kämpfen gegen die Schließung von Krankenhäusern und Stationen geäußert. 15.000 haben gegen die Schließung der Klinik in Lewisham protestiert und 50.000 gegen die Schließung der Klinik in Stafford.

Die große Frage, der sich diese Bewegung gegenübergestellt sieht, läuft darauf hinaus, ob sie die verschiedenen lokalen Kampagnen vereinen und somit dem allgemeinen Privatisierungsvorhaben entgegentreten kann.

Lage der linken Parteien

Man hat mich gebeten, über die Rolle der linken Parteien innerhalb dieser Situation zu sprechen. Sie wissen es vielleicht schon, aber wenn es um linke Parteien geht, sieht es in Großbritannien etwas düster aus.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Worte zur Labour Party sagen. Sie ist eher eine Partei des Zentrums als eine linke Partei, aber das Bild, das ich wiedergeben will, würde ohne sie ansonsten keinen Sinn machen. Die Labour Party wird immer noch von Gewerkschaften unterstützt, besonders von den großen Gewerkschaften. Aber es gibt diesbezüglich Spannungen, da der linke und der rechte Flügel der Labour Party gegenwärtig über die weitere Vorgehensweise zur Kürzungspolitik zerstritten sind. Der linke Flügel sagt natürlich, dass die Labour Party zu den Bewegungen halten sollte, und plädiert für eine keynesianische Alternative, also für Investitionen für mehr Wachstum. Der rechte Flügel jedoch sagt, dass jede Stellungnahme, aus der hervorgehe, dass die Labour Party sich verschulden wird, politisches Gift sei. Die Labour Party müsse beweisen, dass sie „wirtschaftlich zurechnungsfähig“ sei, indem sie eine eigene ▶

► Aufstellung der Kürzungsmaßnahmen vorlegen sollte, die bestenfalls etwas weniger streng ist. Der Vorsitzende der Labour Party, Ed Miliband, versuchte zwischen den beiden Flügeln zu vermitteln. Er sitzt dabei auf zwei Stühlen und lässt so wenig wie möglich über die künftigen Ausgaben oder die allgemeinen Haushaltspläne nach außen dringen, indem er sich mit dem Argument herausredet, dass die nächsten Parlamentswahlen noch zwei Jahre entfernt sind. Dies hat zu angespannten Beziehungen mit den Gewerkschaften geführt, die sich tagtäglich mit Angriffen auf die Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder konfrontiert sehen und eine verbindliche Kampfansage der Labour Party gegen die Kürzungspolitik hören wollen. Die Gewerkschaften sind übrigens der größte Geldgeber der Labour Party. Vor allem Len McCluskey, der Vorsitzende der 1,5 Millionen starken Gewerkschaft Unite, trat in der Öffentlichkeit mit der Forderung auf, dass die Labour Party vom rechten Flügel um Tony Blair wieder „zurückerobert“ werden müsse. Er hat eine Strategie vorgelegt, die dies bewerkstelligen soll und unter anderem vorsieht, dass mehr Gewerkschaftsmitglieder für die Labour Party kandidieren. Teil dieser Strategie ist auch, dass die Gewerkschaften die People's Assembly Against Austerity, eine Massenkundgebung gegen Sparpolitik, unterstützen werden. Ihr Ziel ist es, Druck auf die Labour Party auszuüben. Das Problem ist nur, dass es ohne eine linke Alternative zur Labour Party der Führung der Partei leicht fällt, das Geld und die Stimmen der Gewerkschaften als gegeben hinzunehmen. Lassen Sie mich also zu den Alternativen kommen, die all denjenigen zur Verfügung stehen, die ihre Stimme einer Partei geben wollen, die links von der Labour Party steht. Die größte und bekannteste ist die Grüne Partei, und obwohl sie nicht explizit eine linke Partei ist, ist es eine der linken grünen Parteien in Europa. Die Grundsätze der Grünen Partei richten sich eindeutig gegen Sparpolitik. Caroline Lucas, die einzige Grüne im Parlament, ist gegen Sparpolitik. Die Mitglieder der Grünen im Europaparlament sind gegen Sparpolitik. Ihre Wahlwerbungen sprechen sich gegen Sparpolitik aus. Das einzige Problem ist, dass die Mitglieder des einzigen Stadtrats, in dem die Grünen eine Mehrheit haben, des Stadtrats von Brighton, Kürzungen durchgewunken haben. Sie sagten, dass sie „realistisch“ sein müssten und dass es unmöglich gewesen sei, den Kürzungen nicht zuzustimmen. Es finden einige rechtliche Auseinandersetzungen zu diesem Thema statt, aber dies hat ihre Glaubwürdigkeit in Bezug auf den Widerstand gegen die Kürzungspolitik stark geschädigt. Die extremen linken Parteien haben eine Vielzahl von Versuchen unternommen, linke Parteien und Wahlbündnisse zu gründen. Manchen sind die Respect Party und die Scottish Socialist Party vielleicht ein Begriff. Teile der Parteien spalteten sich jedoch 2007 bzw. 2006 ab, und sie haben sich seitdem nicht mehr erholt. Der Versuch der extrem linken Gruppen, sich in Form der Trade Unionist and Socialist Coalition neu zu formieren, einer Koalition aus Gewerkschaftsmitgliedern und Sozialisten, existiert seit drei Jahren, wobei die meisten Menschen, selbst die Linken, nichts von der Existenz dieser Partei wissen. Die landläufige Meinung lautet, dass ihr die Luft ausgegangen ist, nachdem ihr Kandidat in einer kürzlich durchgeführten Ergänzungswahl in Eastleigh nur 62

von 41.000 Wählerstimmen erhielt und von einem Satire-Kandidaten überholt wurde, der als Elvis verkleidet mit dem Motto „Elvis liebt Haustiere“ kandidierte.

Das Scheitern der Linken wird in Großbritannien gern auf das Mehrheitswahlrecht geschoben. Wir haben kein Verhältniswahlrecht bei Parlamentswahlen oder Kommunalwahlen. Das Problem ist jedoch, dass die extrem rechte UK Independence Party, UKIP, trotz derselben Rahmenbedingungen weiter wächst. Das Vakuum, das dadurch entsteht, dass sich alle Parteien um dieselben Kürzungsmaßnahmen scharen, zusammen mit dem Versagen der Linken, hat viel Raum für die UKIP geschaffen, die als Partei für die Leute auftritt, die die Nase voll haben von Politikern. Es ist keine faschistische Partei, aber sie spricht sich vehement gegen Zuwanderung aus. Darüber hinaus haben investigative Recherchen ergeben, dass ein paar namhafte Faschisten für den Stadtrat kandidiert haben. Einer hatte sogar ein Foto auf seiner Facebook-Seite, das ihn beim Hitlergruß zeigte. Als dieses Bild in den Zeitungen erschien, behauptete er, er hätte eine „Pflanze nachgeahmt“. Während der Kommunalwahlen haben sie behauptet, dass Großbritannien dank der EU kurz vor einer Invasion der Rumänen und Bulgaren steht. Das mag zwar eine Lüge sein, aber es ist eine Lüge, die viele Wählerstimmen einbringt.

Aber ich will diesen Punkt mit einer hoffnungsvolleren Botschaft beenden.

Gegenwärtig wird der Versuch unternommen, eine neue linke Partei zu gründen, nicht indem man die zerstrittenen extrem linken Gruppen vereinigt, sondern indem man Abertausende von Menschen anspricht, die verzweifelt nach einer linken Alternative zur Labour Party suchen. Der Filmregisseur Ken Loach hat die Lücke erkannt und diese Menschen dazu aufgerufen sich zusammenzuschließen und eine neue linke Partei zu gründen. Innerhalb weniger Wochen haben mehr als 8.000 Menschen den Aufruf im Internet unterschrieben.

Ich bin an dieser Initiative beteiligt, und obwohl sie noch in den Kinderschuhen steckt, besteht Grund zur Zuversicht. Gegenwärtig gibt es 80 lokale Gruppen der Left Unity, der linken Einheit, einschließlich einiger Gruppen in sehr kleinen Kommunen. Sie haben erste Treffen abgehalten, oft in den Wohnzimmern ihrer Mitglieder, und setzen sich aus 15 bis 20 Teilnehmern zusammen, die darauf erpicht sind, die Botschaft zu verbreiten und größere Gründungsveranstaltungen in den kommenden Monaten einzuberufen. Statt dass die Prinzipien und Grundsätze der Partei von oben herab verkündet werden, kommen sie von unten, aus den lokalen Gruppen. Die Gruppen setzen sich größtenteils nicht aus bereits bestehenden linken Aktivisten zusammen, sondern aus Menschen, die in den verschiedenen Bewegungen, die ich gerade beschrieben habe, aktiv sind und sich von der Labour Party nicht repräsentiert fühlen oder aus Menschen, die aus der Labour Party ausgetreten sind. Man hofft, dass auf diese Weise über kurz oder lang eine Gründungskonferenz einberufen werden kann, die diese neue linke Partei begründet, nach der es die Menschen verlangt.

Es gibt also noch keine neue linke Partei in Großbritannien. Aber es finden ernstzunehmende Gespräche statt, und es besteht zum ersten Mal seit längerem ein meines Erachtens ernstzunehmendes Potential für die Entstehung einer solchen Partei.

□

Sozialproteste im Südosten Europas

Referent: Boris Kanzleiter, Leiter des Auslandsbüros der RLS in Belgrad

Die Durchsetzung einer rigiden Austeritätspolitik und die Verschärfung neoliberaler Strukturreformen im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben in ganz Europa seit 2008 zu einem neuen Zyklus sozialer Protestbewegungen geführt. Im Krisenverlauf und den politischen Reaktionen sind allerdings deutliche regionale Unterschiede festzustellen. Zum Fokus der Protestbewegungen haben sich die Mittelmeerländer Griechenland, Spanien und Portugal entwickelt. In diesen südeuropäischen Ländern ist nicht nur die Krise besonders tief. Es existieren auch vitale soziale Bewegungen und eine politische Linke, welche in der Lage sind, alternative Politikmodelle anzubieten und Widerstand zu mobilisieren. Deutlich anders sieht dagegen die Situation in den

Ländern des ehemaligen Jugoslawiens und anderen ehemals sozialistischen Ländern im Südosten Europas aus. In dieser Region hat die Krise zwar ebenfalls tiefgreifende Auswirkungen, die strukturelle Ähnlichkeiten zum Krisenverlauf in den Ländern der südeuropäischen Peripherie aufzeigen. Der bestehende soziale und politische Widerstand ist bisher allerdings fragmentiert und meist nur schlecht artikuliert. Dennoch hat die Krise auch in Südosteuropa einen Protestzyklus entfacht, der einer näheren Betrachtung lohnt. Der Balkan kehrt nach den verheerenden Kriegen der neunziger Jahre und der Durchsetzung nationalistischer und neoliberaler Regime langsam auf die Landkarte der europäischen Linken zurück.

Bei den Protesten in Südost-Europa zeigen sich in den vergangenen Jahren verschiedene Dynamiken:

Erstens mobilisieren Gewerkschaften im öffentlichen Sektor zu Protesten gegen Lohnabbau, Privatisierungen oder Kürzungspolitik

Das beste Beispiel dafür ist Slowenien. Mehrmals hat der slowenische Gewerkschaftsverband ZSSS (Bund der freien Gewerkschaften Sloweniens) zu Massenprotesten gegen die Kürzungspolitik im öffentlichen Sektor aufgerufen. Am 18. April 2012 fand sogar ein eintägiger Generalstreik im öffentlichen Sektor statt. Es wurde der größte Protest seit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens vor zwanzig Jahren. Nach Schätzungen nahmen bis zu 100.000 TeilnehmerInnen an einer Großdemonstration in der Hauptstadt Ljubljana teil. In dem nur zwei Millionen EinwohnerInnen zählenden Land war dies eine Demonstration der Stärke der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des Gewerkschaftsverbandes ZSSS. Im Gegensatz zu den zersplitterten Gewerkschaften in anderen ehemaligen Republiken Jugoslawiens verfügt der ZSSS nicht nur über organisatorische Stärke, sondern auch über eine relativ starke Verhandlungsposition gegenüber Arbeitgebern und Regierung.

Zweitens mobilisieren in Südost Europa Studierende und Jugendliche gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung

Von herausragender Bedeutung war dabei die Protestbewegung an den kroatischen Hochschulen zwischen 2008 und 2010. Diese Protestbewegung hat zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch Jugoslawiens 1991 in einem seiner Nachfolgestaaten einen größeren politischen Artikulationsraum für eine neue emanzipatorische Linke geschaffen. Die Proteste wurden zum Ausgangspunkt der Entwicklung einer

gegen-hegemonialen Strömung, die den national-konservativen-neoliberalen Konsens erfolgreich unterlaufen und damit weit über die Hochschulen hinaus politische Bedeutung erlangt hat. Nach verschiedenen kleineren Aktionen besetzten im April und Mai 2009 Tausende Studierende 20 Fakultäten in acht Städten. Im Herbst 2009 wurden die Besetzungen an zehn Fakultäten in vier Städten wieder aufgenommen. Die wochenlangen Besetzungen und Proteste an den kroatischen Universitäten fanden in der Öffentlichkeit ein außergewöhnlich starkes Echo. „Kostenlose Bildung“ und „Öffentliche Finanzierung von Bildung“ wurden zu den Hauptforderungen der Bewegung. Mit diesen einfachen Forderungen griffen die Studierenden den politischen Mainstream konfrontativ an. Zum ersten Mal seit Beginn der neunziger Jahre stellte eine soziale Bewegung die auf Privatisierung und Kommodifizierung aller gesellschaftlichen Bereiche drängende Leitideologie des neoliberalen Kapitalismus grundsätzlich in Frage. Daneben praktizierten die Studierenden auch neue politische Organisationsformen. Der Streik und die Besetzung wurden unter dem Motto der „Direkten Demokratie“ mit Hilfe von Vollversammlungen (Plena) organisiert. Die Bewegung lehnte es ab, sich durch charismatische „Sprecher“ repräsentieren zu lassen, und insistierte auf einer kollektiven, basisdemokratischen Entscheidungsfindung. Unter dem Eindruck der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise kam es im Verlauf von 2010 zu einer weiteren Politisierung der Studierendenbewegung und neuen Protestallianzen. Auch nach dem Ende der Blockade der Fakultäten tagte an der Zagreber Philosophischen Fakultät weiterhin regelmäßig ein Plenum. Es wurden Arbeitsgruppen und Kampagnen gegründet, u.a. wurden die Probleme des geplanten EU-Beitritts ▶



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
SOUTHEAST
EUROPE**

RLS U
JUGOISTOČNOJ
EVROPI

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG

KO JE BILA
ROSA
LUXEMBURG?

LINKOVI

KONTAKT

„SLOBODA JE UVEK I ISKLJUČIVO SLOBODA
ZA ONE KOJI MISLE DRUGAČIJE.“



www.rosalux.rs

- kritisch beleuchtet. Ein Ziel der Bewegung war die Suche nach Kontakt zu Protestbewegungen von Bauern und ArbeiterInnen, die sich 2010 verstärkt artikulierten. Teilweise kamen neue Allianzen tatsächlich zu Stande. So hielten bspw. bereits im Dezember 2009 protestierende Milchbauern an der Philosophischen Fakultät in Zagreb ein Plenum ab. Die Studierenden bauten u.a. Kontakte zu den streikenden Arbeiterinnen der Textilfabrik Kamensko und der Belegschaft von Petrokemija in Kutin auf. Obwohl sich die Studierendenbewegung mit ihren Kernforderungen nach kostenloser Bildung nicht durchsetzen konnte, hat sie die politische und intellektuelle Atmosphäre in Kroatien nachhaltig verändert.

Drittens protestieren Belegschaften von Industriebetrieben gegen Arbeitsplatzabbau und ausbleibende Lohnzahlungen

Ein Beispiel dafür sind die Streiks und Proteste in Serbien. Die zahlreichen, meist isoliert voneinander stattfindenden Proteste gegen ausbleibende Lohnzahlungen oder Abfindungen greifen dabei auf ein drastisches Aktionsrepertoire zurück. Denn mit klassischen Streiks lassen sich die Unternehmer oder die staatliche Privatisierungsagentur in bankrotten Firmen nicht unter Druck setzen. Die Protestierenden müssen daher auf Mittel zurückgreifen, die von der Öffentlichkeit nur schwer ignoriert werden können. Dazu zählen Straßenblockaden und Demonstrationen. In einigen Fällen griffen Protestierende auf Hungerstreiks und Selbstverstümmelung zurück oder drohten sogar mit kollektivem Selbstmord. Ein bekanntes Beispiel für einen solchen mit verzweifelten Mitteln geführten Arbeitskampf war 2009 der Protest der 1.523 Mitglieder der „Vereinigung der Textilarbeiter des Textilkombinats RAŠKA“ (Udruženja tekstilnih radnika Tekstilnog kombinata RAŠKA) in Novi Pazar im verarmten und deindustrialisierten südserbischen Sandžak-Gebiet. Das Textilkombinat RAŠKA beschäftigte bis zum Ende der 1980er Jahre etwa 4.000 Beschäftigte, heute sind es noch etwa hundert. Wie viele andere Unternehmen geriet es in der „Transitionsperiode“ in die Krise und wurde von der Privatisierungsagentur zum Verkauf ausgeschrieben. Ein Teil der entlassenen ehemaligen Belegschaft protestiert seit Jahren, um die Auszahlung von Abfindungen zu erreichen, die ihnen in einem Sozialprogramm von der Regierung zugesagt wurde, die sie aber niemals erhalten haben. Nach zahlreichen erfolglosen Protesten trat im Frühjahr 2008 eine Gruppe von ArbeiterInnen in einen 19-tägigen Hungerstreik. Doch auch dieser führte nicht zum Erfolg. Ein Jahr später – im April 2009 – schloss sich wiederum eine Gruppe von ArbeiterInnen im Gebäude der Vereinigung der TextilarbeiterInnen ein und begann einen zweiten Hungerstreik. Nachdem die serbischen Regierungsbehörden wiederum in keiner Weise reagierten, entschloss sich der Präsident der Textilarbeiter-Vereinigung zu einem drastischen Schritt. Vor laufenden Kameras hackte sich

Zoran Bulatović einen Finger seiner Hand ab. Für einige Tage wurden die Medien nun auf den Kampf der ehemaligen TextilarbeiterInnen von Novi Pazar aufmerksam. Ihr Problem wurde allerdings bis heute nicht gelöst. Zoran Bulatović wurde in den vergangenen Monaten hingegen von unbekannten Schlägern mehrmals angegriffen und misshandelt. Er musste mittlerweile ins Ausland ziehen.

Viertens protestieren BürgerInnen mit Straßenprotesten gegen Folgen der Austeritätspolitik und oftmals auch gegen die Korruption der politischen Eliten

Manche dieser Proteste zeigen bestimmte Charakteristika von Bewegungen wie den „Indignados“ in Spanien oder den „Empörten des Syntagma-Platzes“ in Griechenland. Vor allem in Slowenien zeigte sich in den vergangenen Monaten dieser Protesttyp. Entzündet hat sich die aktuelle Protestbewegung in Slowenien im November 2012 in Maribor, der zweitgrößten Stadt des Landes. Bürgermeister Franc Kangler stand bereits seit Jahren immer wieder wegen Korruption, Klientelpolitik und Misswirtschaft in der Kritik. Zahlreiche Ermittlungsverfahren liefen. Als sich Kangler Ende November mit einer Kandidatur für den Nationalrat de facto die Immunität erteilen lassen wollte, obwohl gerade ein neuer Korruptionsverdacht aufgetaucht war, war das der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Tausende Mariborer BürgerInnen protestierten am 26. November spontan vor dem Rathaus. Doch statt Demut zu zeigen, ließ Kangler Wasserwerfer und Hundestaffeln einsetzen. Sogar aus einem Polizeihubschrauber wurde Tränengas abgeschossen. Die Polizeibrutalität war ein Schock für die slowenische Öffentlichkeit und der Auslöser der Protestwelle, die seither anhält. Doch es ist nicht allein das selbstherrliche Auftreten von Politikern und die Kumpelwirtschaft von Amtsträgern, die viele BürgerInnen empören. Die Probleme liegen tiefer. „In der Krise kristallisieren sich eine Reihe von Widersprüchen. Dazu zählt auch die brutale Restrukturierung der kapitalistischen Wirtschaft“, erklärt der linksorientierte Philosoph Gal Kirn die Krisenstimmung. „Die Austeritätspolitik hat zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, dem Bankrott von Firmen und zur Aufhebung der Reste des Sozialstaates geführt.“ In der Reaktion der Eliten auf die Wirtschaftskrise liegt eine weitere Erklärung für den Protest der Bürger. Denn es ist nicht nur der nationalkonservative Ministerpräsident Janez Janša, der mit Maßnahmen nach dem griechischen oder spanischen Vorbild auf die Krise reagierte und im März 2013 schließlich zurücktreten musste. Auch die sozialdemokratischen und liberalen Parteien, die seither an der Regierung sind, setzten die breit angelegte Kürzungspolitik und die Forcierung von Privatisierungen fort. Einzig die Gewerkschaften legen ihr Veto gegen die Austeritätspolitik ein. Die Wirtschaftskrise hat damit in Slowenien – und nicht nur dort – zu einer tiefen Krise der politischen Repräsentation geführt. □

Impressum: *Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik* Nr. 25, Juli 2013. Thema: *Krise in Europa – Tagungsberichte*.

Diese Ausgabe wird gefördert durch den Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern, www.kurt-eisner-verein.de und durch das Forum Linke Kommunalpolitik München e.V., (E.i.S.), www.flink-m.de.

Redaktion dieser Ausgabe: Stefan Breit, Otto Feldbauer, Martin Fochler, Julia Killet (V.i.S.d.P.), Schwanthalerstr.133, 80339 München. Sämtliche Ausgaben der Studienreihe sind auch unter www.flink-m.de/studienreihe.0.html abzurufen.